

Vom Grossen Stadtrat  
genehmigt am  
5. September 2019

## Protokoll Nr. 33

über die Verhandlungen  
des Grossen Stadtrates von Luzern  
Donnerstag, 16. Mai 2019, 08.30–12.30 Uhr  
im Rathaus am Kornmarkt

**Vorsitz:**  
Ratspräsident Daniel Furrer

**Präsenz:**  
Anwesend sind 46–47 Ratsmitglieder

**Entschuldigt:**  
Laura Grüter Bachmann für die ganze Sitzung,  
Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub und Peter With  
ab 10 Uhr.

**Der Stadtrat** ist (bis 10 Uhr) vollzählig erschienen.

**Protokoll:**  
Karin Spinnler Schmid

| Verhandlungsgegenstände   | Seite |
|---|-------|
| 1. Mitteilungen des Ratspräsidenten   | 3     |
| 2. Wahl eines Mitgliedes in die Baukommission   | 6     |
| 3. Wahl eines Mitgliedes in die Bildungskommission  | 6     |
| 4. <b>Delegation in Zweck- und Gemeindeverbände</b><br><b>Zweckverband Grosse Kulturbetriebe, Amtsperiode 2019–2023</b>   | 6     |
| 5. Bericht und Antrag 1/2019 vom 22. Januar 2019:<br><b>Stadt Luzern digital: Digitalstrategie der Stadt Luzern</b> <ul style="list-style-type: none"><li>▪ <b>Vision, Wirkungs- und Jahresziele</b></li><li>▪ <b>Roadmap Digitales 2019 bis 2021</b></li></ul> <b>Organisation</b> | 7     |
| 6. Motion 276, Luzia Vetterli namens der Geschäftsprüfungskommission<br>vom 1. März 2019:<br><b>Vision und Strategie Smart City Luzern</b>  | 28    |
| – Dringliche Interpellation 285, Noëlle Bucher und Christov Rolla namens der G/JG-<br>Fraktion vom 23. April 2019:<br><b>«Wie geht die Stadt Luzern beim Bau von 5G-Antennen vor?»</b>  | 29    |

|     |   |   |
|-----|---|---|
| –   | Dringliche Interpellation 286, Christian Hochstrasser, Irina Studhalter und Mirjam Landwehr namens der G/JG-Fraktion vom 24. April 2019:<br><b>«Änderung K 13 Fluhmühle»</b>  | 30                                      |
| 7.  | Bericht und Antrag 9/2019 vom 20. Februar 2019:<br><b>Schulhaus Littau Dorf: Gesamtsanierung und Erweiterung;<br/>Sonderkredit für den Wettbewerb und die Projektierung</b>   | 31                                      |
| 8.  | Interpellation 241, Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion vom 17. Oktober 2018:<br><b>Sind Privatschulen auch in der Stadt Luzern im Trend?</b>   | Aus zeitlichen Gründen nicht behandelt. |
| 9.  | Postulat 242, Cyrill Studer Korevaar und Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Irina Studhalter und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 26. Oktober 2018:<br><b>Ein Schritt zur Schule der Vielfalt</b> | 42                                      |
| 10. | Interpellation 246, Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion vom 8. November 2018:<br><b>Vielfältiges und gestärktes Leben mit Behinderungen in der Stadt Luzern</b>   | Aus zeitlichen Gründen nicht behandelt. |
| 11. | Interpellation 253, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 22. November 2018:<br><b>Fallschutz bei Spielplätzen</b>  | Aus zeitlichen Gründen nicht behandelt. |
| 12. | Postulat 243, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion vom 5. November 2018:<br><b>ÖV-Erschliessung Ruopigen I: Bessere Busverbindungen</b>  | Aus zeitlichen Gründen nicht behandelt. |
| 13. | Postulat 244, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion vom 5. November 2018:<br><b>ÖV-Erschliessung Ruopigen II: Ein Tunnelbahnhof für Ruopigen</b>  | Aus zeitlichen Gründen nicht behandelt. |

## Beratung der Traktanden

### 1 Mitteilungen des Ratspräsidenten

**Ratspräsident Daniel Furrer** begrüsst die Anwesenden zur 33. Sitzung des Grossen Stadtrates. Speziell begrüsst werden Josef Zimmermann und Ueli Koch, die in der Pause für technische Fragen rund um das neue Sitzungsvorbereitungstool zur Verfügung stehen, die BM-Mediamatiker-Klasse der Berufsschule Sursee mit Lehrer Bruno Soliva sowie der neue Kommunikationschef Simon Rimle.

Der Sprechende bittet, die Mobilgeräte über das W-LAN zu benutzen, das heisst, die Mobilien Daten beim eigenen Smartphone auszuschalten, und dieses nicht in der Nähe der Mikrofone zu deponieren.

Es werden die Entschuldigungen bekanntgegeben (siehe Seite 1).

Ratspräsident Daniel Furrer hat die traurige Pflicht, die Ratsmitglieder über den Hinschied des ehemaligen Ratsmitgliedes Joseph Schärli zu informieren. Er starb am 15. April 2019 im Alter von 76 Jahren. Trotz der oftmals starken Schmerzen durfte er friedlich und ruhig einschlafen. Leider liess es sein Gesundheitszustand seit seinem Rücktritt Ende Januar 2018 nicht mehr zu, ihn persönlich im Rat zu verabschieden. Joseph Schärli war zwischen Mai 2011 und Januar 2018 Mitglied des Grossen Stadtrates und zwischenzeitlich auch Mitglied der Geschäftsprüfungskommission. Vor seiner Zeit im Grossen Stadtrat war er im Wohnerrat Littau (8 Jahre), als Gemeindeammann in Littau (22 Jahre) und als Mitglied des Kantonsrates (16 Jahre) tätig. Sein grosses Engagement für die Gemeinschaft, für Luzern, insbesondere für den Stadtteil Littau, macht ihn im ganzen Kanton zu einer unvergesslichen Person. Ratspräsident Furrer bittet die Ratsanwesenden, sich zu erheben und still ihrem ehemaligen Mitglied zu gedenken. –

Der Sprechende informiert, dass neben der Präsenzliste ein Ansichtsexemplar des Buches «Märkte und Messen in Luzern» aufliegt. Wer eines bestellen möchte, kann sich bei der Ratsweibelin melden.

### Zur Traktandenliste

**Stefan Sägesser** von der GLP-Fraktion beantragt, Traktandum 6 (Motion 276 «Vision und Strategie Smart City Luzern») vor Traktandum 5 (B+A «Stadt Luzern digital») zu behandeln.

**Ratspräsident Daniel Furrer:** Es ist vorgesehen, die separat aufgeführten Traktanden 5 und 6 zusammen und gleichzeitig zu behandeln. Administrativ-technisch ist es nicht mehr möglich, Geschäfte, die zusammen behandelt werden (Vorstoss und Bericht und Antrag), auch so zu nummerieren (z. B. mit 5.1, 5.2). Erfüllt diese Antwort den Antrag der GLP-Fraktion oder möchte sie die zwei Traktanden wirklich separat behandeln?

**Stefan Sägesser** präzisiert und sagt, dass die Traktanden nicht separat behandelt werden sollen, aber dass zuerst über die Motion und erst in einem zweiten Schritt über den Bericht und Antrag abgestimmt werden soll.

**Ratspräsident Daniel Furrer:** Demnach soll gemäss Antrag die Reihenfolge der Abstimmung geändert werden, aber die Behandlung würde gemeinsam passieren.

**Christian Hochstrasser:** Die Motion beinhaltet eine Präzisierung des Auftrags, der in der Detailberatung der Digitalstrategie zur Sprache kommt. Es gibt einen sehr direkten Zusammenhang. Es macht keinen Sinn, zuerst über die Motion zu diskutieren und erst dann die Debatte über die Digitalstrategie zu führen.

**Luzia Vetterli** von der SP/JUSO-Fraktion hätte gerne eine Begründung, weshalb die Reihenfolge geändert werden soll. Sie versteht die Überlegung dahinter nicht.

**Stefan Sägesser:** Der GLP-Fraktion ist die Präzisierung des Auftrags so wichtig, dass sie die Motion zuerst behandelt haben möchte. Im Vorfeld war die Fraktion nicht sehr glücklich über den Bericht und Antrag zur Digitalstrategie, dafür umso mehr über die Präzisierung, sprich Motion. Diese Motion ist für die Fraktion eine wesentliche Grundvoraussetzung, um die inhaltlich geführte Diskussion quasi abschliessen zu können.

**Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag der GLP-Fraktion ab.**

**Somit erfolgt die Behandlung der Traktandenliste wie geplant.**

**Ratspräsident Daniel Furrer:** Folgende zwei Vorstösse wurden als dringlich eingereicht:

- **Dringliche Motion 282, Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion vom 4. April 2019: «Neue städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik (Ziel Netto Null CO2-Emissionen bis 2030)»**
- **Dringliche Motion 283, Jules Gut und András Özvegyi namens der GLP-Fraktion vom 4. April 2019: «Anpassung der Gemeindeordnung (Ziel Netto Null CO2-Emissionen bis 2030)»**

**Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit bei beiden Vorstössen nicht.**

**Ratspräsident Daniel Furrer** fragt, ob jemand aus dem Grosse Stadtrat der Dringlichkeit einer dieser Motionen opponiert.

**Marcel Lingg:** Es gibt Dringlichkeitsvoraussetzungen, die eingehalten werden müssen, damit ein Vorstoss als dringlich angeschaut wird, unabhängig davon, ob man letztendlich dem Vorstoss zustimmen will oder nicht. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass die beiden Vorstösse definitiv nicht dringlich sind, insbesondere derjenige nicht, der letztendlich sogar einen Bericht und Antrag erfordert. Es gibt mittlerweile Vorstösse, die rein theoretisch bis zu einer Volksabstimmung führen. Da spielt es definitiv keine Rolle, ob der Vorstoss heute bzw. an der nächsten Ratssitzung behandelt

wird oder irgendeinmal später, im Herbst oder im Spätherbst. Nach Ansicht der SVP-Fraktion sind die Dringlichkeitsvoraussetzungen in diesem Fall nicht gegeben. Die Diskussion um das Klima wird es auch im Herbst noch geben. Es ist nicht zwingend erforderlich, dieses Thema noch vor den Sommerferien im Rat zu behandeln. Deshalb lehnt die SVP-Fraktion die Dringlichkeit bei beiden Vorstössen ab.

**Jules Gut:** Gemäss Geschäftsreglement enthält die Motion einen Auftrag an den Stadtrat, dem Rat eine Vorlage zur Änderung eines Beschlusses zu unterbreiten, der in die Kompetenz des Rates oder der Stimmberechtigten fällt. Mit der Überweisung der beiden Dringlichen Motionen wird also heute noch nichts beschlossen, der Stadtrat erhält lediglich den Auftrag, einen konkreten Vorschlag zu erarbeiten. Laut Geschäftsreglement ist eine Dringlichkeit in folgenden zwei Fällen gegeben: Das im Vorstoss aufgeworfene Thema hat entweder ein aussergewöhnlich hohes politisches Gewicht, oder das Anliegen lässt keinen Aufschub zu, weil es in einer späteren Ratssitzung wegen Zeitablaufs gegenstandslos wird. Aus Sicht der GLP-Fraktion sind beide Gründe anwendbar. Das Thema Klima hat aktuell ohne Zweifel ein hohes politisches Gewicht, die Öffentlichkeit erwartet von der Politik konkrete Lösungen. Die Klimasession des Kantonsrates vom 24. Juni 2019 lässt insofern keinen Aufschub zu, als die Mitglieder des Grossen Stadtrates nur mit einer dringlichen Überweisung noch vorgängig am 6. Juni 2019 die Chance erhalten, mittels Diskussion hier im Rat, Anliegen, Wünsche und konkrete Erwartungen gegenüber dem Kanton zu formulieren. Unserem Planeten Erde läuft die Zeit davon, Tee trinken und abwarten ist heute definitiv keine gute Strategie. Die GLP-Fraktion bittet, der Dringlichkeit beider vorliegenden Motionen zuzustimmen.

**Irina Studhalter:** Die G/JG-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit beider Motionen. Sie sieht die Dringlichkeit aufgrund des politischen Diskurses als gegeben. Der Druck der Bevölkerung ist da, man spürt ihn, sei es angesichts der Klimastreiks oder angesichts der Petitionen und Bevölkerungsanträge, mit denen sich das Parlament in Zukunft beschäftigen wird. Es ist richtig, die Diskussion nicht nur in der Zivilbevölkerung zu führen, sondern auch möglichst schnell im Parlament.

**Roger Sonderegger:** Die CVP-Fraktion unterstützt die Dringlichkeit beider Vorstösse. Sie sieht ein sehr hohes politisches Gewicht auf diesem Thema. Was die Fraktion aber definitiv nicht sieht, ist, dass das Thema gegenstandslos wird, wenn man es später diskutieren würde. Das zweite Kriterium kann man nicht beiziehen, auch nicht, wenn man in der GLP ist.

Die Abstimmung im Grossen Stadtrat über gleich beide Vorstösse ergab, dass **die Dringlichkeit der zwei Motionen gegeben ist**. Die Traktandierung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.

**Ratspräsident Daniel Furrer:** Des Weiteren sind zwei Interpellationen als dringlich eingereicht worden:

- **Dringliche Interpellation 285, Noëlle Bucher und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 23. April 2019: «Wie geht die Stadt Luzern beim Bau von 5G-Antennen vor?»**
- **Dringliche Interpellation 286, Christian Hochstrasser, Irina Studhalter und Mirjam Landwehr namens der G/JG-Fraktion vom 24. April 2019: «Änderung K13 Fluhmühle»**

**Der Stadtrat opponiert der Dringlichkeit bei beiden Vorstössen nicht.**

Der Sprechende fragt, ob jemand aus dem Grossen Stadtrat der Dringlichkeit einer dieser Vorstösse opponiert. – Er stellt fest, dass das nicht der Fall ist. **Die Dringlichkeit dieser zwei Vorstösse ist somit gegeben.** Die Vorstösse werden nach der Pause bzw. nach Traktandum 6 behandelt.

Die Antworten werden jetzt verteilt.

## **2 Wahl eines Mitgliedes in die Baukommission**

**Ratspräsident Daniel Furrer:** Roger Sonderegger reichte aus beruflichen Gründen den Rücktritt aus der Baukommission ein. Die CVP-Fraktion nominierte Peter Gmür als Nachfolger in die Baukommission.

**Der Grosse Stadtrat wählt Peter Gmür einstimmig als Mitglied der Baukommission.**

## **3 Wahl eines Mitgliedes in die Bildungskommission**

**Ratspräsident Daniel Furrer:** Peter Gmür war Mitglied der Bildungskommission. Die CVP-Fraktion schlägt **Michael Zeier-Rast** als Nachfolger in die Bildungskommission vor.

**Der Grosse Stadtrat wählt Michael Zeier-Rast einstimmig als Mitglied der Bildungskommission.**

## **4 Delegation in Zweck- und Gemeindeverbände Zweckverband Grosse Kulturbetriebe, Amtsperiode 2019–2023**

**Ratspräsident Daniel Furrer:** Die Stadtkanzlei schlägt mit Stadtratsbeschluss 193 vor, Stadtpräsident Beat Züsli (Bildungsdirektor bzw. stadträtliche Stellvertretung) und Rosie Bitterli Mucha (Chefin Kultur und Sport) als Delegierte der Stadt Luzern im Zweckverband Grosse Kulturbetriebe für die Amtsdauer vom 1. Juli 2019 bis am 30. Juni 2023 wiederzuwählen.

**Der Grosse Stadtrat beschliesst den StB 193 vom 10. April 2019 einstimmig. Somit sind Stadtpräsident Beat Züsli und Rosie Bitterli Mucha wiedergewählt.**

- 5 Bericht und Antrag 1/2019 vom 22. Januar 2019:  
Stadt Luzern digital: Digitalstrategie der Stadt Luzern**
- **Vision, Wirkungs- und Jahresziele**
  - **Roadmap Digitales 2019 bis 2021**
  - **Organisation**

Die Traktanden 5 und 6 werden zusammen behandelt.

#### EINTRETEN

**GPK-Präsidentin Luzia Vetterli:** Die Geschäftsprüfungskommission diskutierte an ihrer Sitzung vom 14. Februar 2019 die Digitalstrategie lange und sehr kontrovers. Allgemein wurde kritisiert, dass der Bericht und Antrag keine wirkliche Vision beinhaltet sowie zu wenig ersichtlich ist, inwiefern die Stadt in der Schweiz im Bereich der Digitalen Transformation wegweisend sein soll, wie es nämlich im strategischen Schwerpunkt gemäss Gemeindestrategie heisst. Anstelle einer Strategie sind im Bericht und Antrag hauptsächlich die geplanten Arbeiten bis im Jahr 2021 sowie die notwendigen Stellen und Mittel aufgeführt. Eine Minderheit wollte den Bericht und Antrag aus diesen Gründen zurückweisen. Die Mehrheit entschied jedoch einzutreten, damit die wesentlichen Arbeiten zeitnah starten können. Die GPK beauftragt den Stadtrat jedoch bis spätestens im Jahr 2021, durch den Inhaber oder die Inhaberin der neu zu schaffenden Stelle «Chief Digital Officer», eine Strategie zu erarbeiten. Visionen und Handlungsfelder sollen entworfen werden. Mittels einer Motion der Kommission sollen dem Stadtrat inhaltliche Anregungen zu dieser Strategie erteilt werden. Die Motion wurde unterdessen namens der GPK eingereicht und wird nun gleichzeitig mit dem Bericht und Antrag behandelt. Die Motionäre beauftragen den Stadtrat, bis im Jahr 2021 eine Vision und Strategie «Smart City Luzern» vorzulegen. Die Vision und Strategie Smart City Luzern soll dabei im Wesentlichen folgenden Zielen dienen:

- Chancengleichheit und hohe Lebensqualität für alle gewährleisten;
- Ressourcenschonung und städtische Entwicklung nachhaltig gestalten;
- Partizipative Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung;
- Stadt als offene digitale Plattform;
- Effizienzsteigerungen realisieren;
- Datenschutz gewährleisten.

Der Stadtrat wird die Motion 276 entgegennehmen (StB 223 vom 17. April 2019).

Im Hinblick darauf, dass die Kommission diese Motion einreichen würde, stimmte die GPK den im Beschlusstext aufgeführten Anträgen in den meisten Fällen mit 7 : 4 : 0 bzw. mit 6 : 4 : 1 Stimmen zu und verabschiedete somit den Bericht und Antrag.

**Fabian Reinhard:** Die FDP-Fraktion wird die Digitalstrategie zur Überarbeitung zurückweisen. Sie ist enttäuscht, es ist eine verpasste Chance. Das Papier hat den Namen Digitalstrategie nicht wirklich verdient. Auf dem Dokument steht Strategie und sogar Vision drauf, aber eine Strategie findet man in diesem Dokument nicht. Das vorliegende Strategiepapier zielt leider am Thema vorbei.

Der Sprechende wird aus diesem Grunde nicht anfangen, einzelne Punkte inhaltlich zu kritisieren. Er konzentriert sich darauf, zu erklären, was er und seine Fraktionsmitglieder als «digitale Liberale» von einer Digitalstrategie erwartet hätten.

Was heisst digitale Transformation? Die Auseinandersetzung mit digitaler Transformation zwingt einem zu zwei Fragen. Die grundsätzliche Frage lautet: Wie verändert die digitale Transformation mein Geschäftsmodell? Oder drastischer gesagt, das ist die zweite Frage, wie bedroht die neue Realität (BigData, Künstliche Intelligenz, Blockchain etc.) das Überleben meiner Organisation? Man muss ganz grundsätzlich darüber nachdenken, was die eigene Organisation ausmacht und wie auf die neue digitale Realität reagiert werden soll. Denn diese ist eine andere, wie folgende Beispiele zeigen:

- Uber: Es ist das weltgrösste Taxiunternehmen, besitzt aber keine eigenen Fahrzeuge.
  - Facebook: Es ist das weltgrösste Medienunternehmen, produziert aber keine eigenen Inhalte.
  - Airbnb: Es ist das weltgrösste Portal für Übernachtungen, besitzt aber keine eigenen Betten.
- Uber, Facebook und Airbnb besitzen selbst gar nichts. Was macht sie denn aus? Uber, Facebook, Airbnb, aber natürlich genauso Google oder Apple, sind digitale Plattformen.

Was ist eine digitale Plattform? Zur Erklärung sei zuerst auf die analoge Plattform hingewiesen. Die öffentliche Hand baut seit sehr langem Plattformen. Strassennetze oder auch Velowege sind Plattformen. Die Strasse ist eine analoge Infrastruktur, die von ganz unterschiedlichen Akteuren, auf ganz unterschiedliche Art und Weise, genutzt werden kann. Details der Nutzung gibt der Plattform-Ersteller bewusst nicht vor. Er schreibt nicht genau vor, welches Velo mit welcher Farbe auf diesem oder jenem Veloweg fahren darf. Er gibt aber vor allem auch nicht vor, zu welchem Zweck die Infrastruktur genutzt werden soll. Das macht es aus, dass eine Plattform offen ist. Wenn man das auf die digitale Welt überträgt, dann gibt es auch dort technische Plattformen. Warum war das iPhone eine technische Revolution? Mit dem iPhone bzw. mit dem Betriebssystem iOS schuf Apple eine digitale Plattform. Vorher war es einfach nur ein Mobiltelefon. Ein Nokia war ein Mobiltelefon und wurde mit iOS zu einer digitalen Plattform. Das macht es aus, dass es heute etwa 3 Mio. Apps von Drittherstellern auf der Plattform von Apple gibt. Das nennt man ein digitales Ökosystem.

Wie funktioniert eine digitale Plattform technisch? Zentral dafür sind dokumentierte technische Schnittstellen, die APIs (Application Programming Interface). APIs ermöglichen den direkten Datenaustausch, die direkte Schnittstelle zwischen den Softwares. Mit offenen APIs oder Schnittstellen kann eine Software direkt mit einer anderen Software sprechen. Das ermöglicht ganz neue Interaktionsarten und eine ganz neue Art des Datenaustausches. Prozesse lassen sich automatisieren. Es sind nicht mehr einfach Portale, bei welchen der Benutzer über seinen Browser Daten erfasst und eingibt, sondern es wird ganz direkt möglich, dass Software mit Software spricht. Es ist nicht einfach nur blutleere Theorie, wenn man von digitalen Plattformen und APIs spricht. Es hat effektiv Auswirkungen. Es verbessert die Abläufe, es ermöglicht eine ganz neue Art und Weise von Geschäftsmodellen und eine ganz neue Art und Weise, wie man mit Daten umgeht. Eine offene digitale Plattform ist Voraussetzung für die Smart City. Eine Smart City ist ohne Plattform und ohne APIs nicht denkbar. Smart City und alles, was damit verbunden ist, all die Möglichkeiten besserer Entscheidungen dank der Daten-Vernetzung und dank Daten von real life data in real time funktioniert nur, wenn man die entsprechende Plattform und die entsprechenden Schnittstellen bereitstellt.

Wie kommt man zu solch einer digitalen Plattform? Diese fällt nicht einfach vom Himmel, darüber muss man sich bewusst sein. Man muss sie sehr bewusst erschaffen, wie das zum Beispiel die Firma Apple mit ihrem iOS machte, mit ihren offenen Schnittstellen, und so ein Ökosystem aufbaute. Den Plattformgedanken muss man entwickeln. Die FDP-Fraktion weist den Bericht und Antrag zurück. In der Kommission wurde intensiv diskutiert und im Anschluss eine Motion formuliert. Wahrscheinlich wird nun argumentiert, man habe ja jetzt diese Motion und darin stehe eigentlich, wie man es machen soll. Der Sprechende muss in diesem Fall darauf hinweisen, dass hier über den Bericht und Antrag Digitalstrategie, der immer noch derselbe ist, diskutiert wird. In der Strategieentwicklung gibt es keine Abkürzungen. Man muss selber auf die Strategie kommen, sich selber dorthin denken. Wenn man sich nicht selber dorthin denkt, ist es sehr unwahrscheinlich, dass man es nachher schafft, die Strategie umzusetzen, denn eine Strategie umzusetzen, bedeutet auch immer, diese gegen Widerstände umzusetzen. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass man sich selber dorthin denkt, ohne Abkürzungen. Der Bericht und Antrag ist unverändert. Was sich änderte, und das ist das Positive, ist, dass der Stadtrat, seit er das letzte Mal das Geschäft traktandiert hatte, weiter über dieses Thema nachdachte. Es gab gewisse Zusatzschlaufen, die sich bereits jetzt lohnten. Die Antworten des Stadtrates auf die Motion findet die FDP-Fraktion gut. Es ist der richtige Weg. Es ist die Zusatzschleife, die bei so einem wichtigen Thema zu Ende gegangen werden muss. Die Motion könnte genau das zur Folge haben: Rückweisung des B+A, Begründung der Rückweisung des B+A und Auftrag, wie der Bericht und Antrag zu überarbeiten ist. Es ist nicht so, dass die FDP-Fraktion den Bericht und Antrag zurückweist, ohne selber einen Input oder ohne selber eine Idee zu geben. Was es sein soll, steht ziemlich gut angedacht in der entsprechenden Motion. Wenn man nun sagt, durch die Rückweisung zur Überarbeitung des Berichts und Antrags Digitalstrategie blockiere man etwas, in der Stadtverwaltung ständen alle IT-Projekte deswegen still, dann stimmt das nicht. Die Stadt hat dafür eine Abteilung, sie kann das, sie macht das und sie arbeitet an diesen Projekten. Die IT-Projekte stehen nicht still. Bei diesem Bericht und Antrag geht es nicht nur um IT, sondern es geht um die digitale Transformation. Dazu braucht es eine gute Strategie, einen guten Bericht und Antrag. Diese Zeit muss sich die Stadt nehmen. Wenn man einfach mit mehr Mitteln und mit mehr Ressourcen in der IT und bei allgemeinen digitalen Themen etwas macht, ohne klare Strategie, kommt es ziemlich sicher nicht gut, ganz im Gegenteil, es funktioniert nicht, das zeigt sich immer wieder. Die FDP-Fraktion ist nicht bereit, ohne gute Strategie 14,4 Mio. Franken auszugeben. Sie weist den Bericht und Antrag zur Überarbeitung zurück.

**Gianluca Pardini** bedankt sich für die Ausführungen zur digitalen Plattform. Die SP/JUSO-Fraktion würde es begrüßen, über den Inhalt des Berichts und Antrags zu diskutieren. Ganz allgemein: Im Jahr 2050 werden zwei von drei Menschen in der Stadt leben. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung der Stadt als Wohn-, Arbeits- oder Aufenthaltsort. Sie muss an die Lebensqualität von allen denken und an eine energieeffiziente Zukunft. Dort sieht die SP/JUSO-Fraktion einen gewissen Anspruch auf Gemeinnützigkeit, die bei einer Smart City im Vordergrund steht. Sei es beispielsweise bei der gemeinnützigen Produktion von Strom, bei der Kombination umweltschonender Verkehrsmittel, bei der Reduktion des allgemeinen Energieverbrauchs (z. B. beim Gebäudeunterhalt) oder durch Strategien zum Erhalt von Grünräumen in einer verdichteten Stadt. Die Sicherstellung und Verbesserung der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit einer

Stadt und ihrer Bevölkerung soll, aus Sicht der SP/JUSO-Fraktion, bei der Digitalstrategie und deren Umsetzung im Vordergrund stehen. Verschiedenste europäische Städte, die eine wegweisende Strategie wählten, leben eine Vision. Es ist die Vision einer Stadt, die sich am Gemeinwohl orientiert entwickelt und in deren Zentrum der Mensch steht. Die Befürchtung der SP/JUSO-Fraktion, dass solche Visionen in der Digitalstrategie der Stadt Luzern vergessen gehen könnten, bewahrheitete sich leider teilweise im vorliegenden Bericht und Antrag. Mit den Anträgen für eine Human Smart City, während den Beratungen zur Gemeindestrategie, wollte die Fraktion mit Nachdruck darauf aufmerksam machen. Digitale Transformation oder Smart City darf nicht als Ziel verstanden werden. Es ist ein Prozess, der, wie der Stadtrat in seiner Antwort zur GPK-Motion schreibt, jede Stadt mit Inhalt und Projekten zu füllen hat. Die wichtigste und herausforderndste Frage dabei ist, wie der Prozess gestaltet und wie für die Gesamtbevölkerung der grösstmögliche Mehrwert geschaffen werden kann. Die Kritikpunkte der SP/JUSO-Fraktion am vorliegenden Bericht und Antrag sind, zusammengefasst, folgende:

- Der vorliegende Bericht und Antrag macht leider die Digitalisierung und die digitale Dienstleistung der Verwaltung zum strategischen Schwerpunkt, anstatt dass sie ein konkretes Handlungsfeld in der Stadtverwaltung definiert. Der Bericht des Stadtrates kommt in den Augen der SP/JUSO-Fraktion nicht wirklich aus der privatwirtschaftlichen Optik heraus. Immer wieder steht die Kundenorientierung im Vordergrund. Zwar sind die Bemühungen löblich, aber es funktioniert nicht jeder Lebensbereich nach Angebot und Nachfrage. Standortmarketing und Effizienzsteigerung kann sehr wohl Bestandteil einer Strategie sein. Aber der zukunftsfähige Weg einer Smart City ist, wenn man sich als Stadt vernetzt und Prozesse partizipativ gestaltet. Weiss die Stadt zum Beispiel zum heutigen Zeitpunkt, welche Bedürfnisse die Bevölkerung an die Digitalisierung hat? Um diese Fragen zu beantworten, muss die Stadt Luzern das Rad nicht neu erfinden. Ernüchtert musste die SP/JUSO-Fraktion feststellen, dass die Stadt Luzern den Vergleich nur mit wenigen Schweizer Referenzstädten machte. Vielleicht wäre es gut gewesen, den Blick über den Tellerrand zu werfen. In der Schweiz steckt die Digitalisierung bekanntlich politisch in den Kinderschuhen. Wieso nicht über die Schweizergrenze schauen? Städte wie Wien, Freiburg i.Br. und Kopenhagen, oder etwas weiter weg Singapur, Toronto, Seoul etc., verfügen über ein breites Repertoire an Ideen und Strategien, wie sich die Konzeption einer Smart City in Grossstädten umsetzen lässt. Wieso also nicht die digitalen Vernetzungsmöglichkeiten bereits heute als städtische Ressource brauchen?
- Im Fokusbereich «Work Smart» wird im Bericht und Antrag eine zeitliche Lücke zwischen der Einführung der ICT-Infrastruktur Volksschule in der Sekundarschule und deren Einführung in der Primarschule ausgewiesen. Das irritiert die SP/JUSO-Fraktion und ist in der Sache nicht dienlich. Die Bildungsdirektion setzte sich in der Diskussion zum B+A 22/2018 «ICT-Infrastruktur Volksschule. Sekundarschule» das Ziel, den Rollout für die Laptops für die Primarschule noch in diesem Jahr in den Rat zu bringen und im Jahr 2020 umzusetzen. Die SP/JUSO-Fraktion wird diesbezüglich einen Vorstoss nachreichen.

Zusammenfassend wünscht sich die Fraktion eine digitale und smarte Stadt Luzern, die die lokalen Akteure besser vernetzt und vorhandenes Potenzial aktiviert. Die Stadt – das hätte sich die SP/JUSO-Fraktion im Bericht und Antrag gewünscht – hätte ruhig den Mut an den Tag legen können, auch neue Wege auszuprobieren und diese aufzuzeigen. Die smarte Partizipation in engem

Austausch mit der Bevölkerung und die aktive Kooperation mit Firmen und Hochschulen als weitere Akteure muss zuerst einmal geübt werden. Die Stadt Freiburg i.Br. beispielsweise veranstaltete zur Ausarbeitung der Digitalstrategie, die noch in diesem Frühjahr veröffentlicht werden soll, über 40 öffentliche Workshops und führte zusätzliche Veranstaltungen durch, um alle Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Sie hielten Bürger- und Bürgerinnenkonferenzen, sie organisierten Hackathons mit Hackerinnen und Hackern, sie versuchten, mittels speziellen Anlässen, junge Mädchen für die Digitalisierung zu erreichen. Im strategischen Stab sitzen neben dem Chief Digital Officer (CDO) auch Künstler, Soziologen, Informatiker, Unternehmer und Privatpersonen. Sie versuchen so, ihren Horizont zu erweitern und eine Smart City für die eigene Stadt zu definieren. Trotz allem ist die SP/JUSO-Fraktion der Ansicht, dass nun in der Stadt Luzern versucht werden muss, mit dem vorliegenden Bericht und Antrag den Weg für eine Smart City zu ebnen. Die Smart City ist ein Bestandteil der Gemeindestrategie und es wurde gemeinsam in diesem Saal beschlossen und entschieden, dass die Stadt sich das auf die Fahne schreiben soll. In der Gemeindestrategie peilt die Stadt Luzern nämlich ein sehr ambitioniertes Ziel an. Sie will in der digitalen Transformation wegweisend sein. Nach Ansicht der SP/JUSO-Fraktion legt der Bericht und Antrag einen Nährboden für die weitere Entwicklung. Es ist auch klar, dass eine leistungsfähige Infrastruktur in der Verwaltung eine gewisse Grundvoraussetzung für eine digitale Zukunft darstellt. Im Bericht und Antrag ist trotz aller Kritik der Handlungswille spürbar. Gerade deshalb unterstützt die Fraktion grundsätzlich die Schaffung einer Fachstelle «Digitales» oder die Stelle eines CDOs. Es braucht eine verantwortliche Person, die die digitale Transformation inhaltlich, fachlich aber auch strategisch vorantreibt und im Stande ist, die entsprechenden Akteure und Entscheidungsträgerinnen von den Smart City-Bemühungen zu überzeugen. Als Ansprechperson und Beraterin kommt dieser Person eine Schlüsselrolle zu. Deshalb ist es wichtig, dass man für die Ausarbeitung einer stringenten und visionären Strategie auch über die dafür nötigen Ressourcen verfügt und sie auch spricht. Eine Rückweisung des Berichts und Antrags kommt aus diesen Gründen für die SP/JUSO-Fraktion nicht in Frage. In der GPK war man sich einig, dass eine Strategie im vorliegenden Bericht und Antrag nicht wirklich vorhanden ist. Mit der Motion wurde nachgedoppelt und versucht, der Situation entgegenzuwirken. Die Antwort des Stadtrates auf die Motion überraschte positiv. Es scheint fast so, als ob man eine Zusammenfassung des Berichts und Antrags lesen würde, auf den die SP/JUSO-Fraktion insgeheim gehofft hatte. Insbesondere freut sich die Fraktion, dass der Stadtrat gewillt ist, die Human Smart City als Konzept ernst zu nehmen, oder besser gesagt, den Digitalisierungsprozess bevölkerungsorientiert zu gestalten. Auch schätzt es die Fraktion, dass die Stadt plant, die hiesigen Ressourcen (Hochschulen und stadteigene Unternehmen) zu nutzen. Denn Tüftler und lokale Vereine mit visionären Ideen gibt es in der Stadt, aber auch ausserhalb, genügend. Zusätzlich ebnet die Stadt Luzern mit dem Aufbau digitaler Plattformen (siehe Ausführungen von Fabian Reinhard) und dem Aufbau direktionsübergreifender Schnittstellen einen stabilen Weg hin zur Smart City. Mit dem in dieser Woche bekannt gewordenen Beitritt der Stadt Luzern zum Smart City Hub Switzerland, zeigt der Stadtrat, dass er den Austausch, die Vernetzung mit anderen Städten, ernst nimmt und das regionale Entwicklungspotenzial in Sachen Digitalisierung erkannt hat. Unter Vorbehalt, dass die Forderungen der Motion «Vision und Strategie Smart City Luzern» in die Digitalstrategie 2021 einfliessen, tritt die SP/JUSO-Fraktion auf den Bericht und Antrag ein und stimmt den Anträgen des Stadtrates zu.

**Albert Schwarzenbach:** Dieser Bericht und Antrag ist kein Meisterwerk – mehr Quantität als Qualität. Das beginnt bereits beim Titel, welcher «Digitalstrategie» heisst, gefolgt vom Wort «Vision». Einen Monat nachdem man den Bericht und Antrag behandelt hat, wird nicht mehr von diesem Titel gesprochen, sondern man sagt, es sei eine Vorgehens- und Organisationsstrategie. Der Titel sei nicht glücklich gewählt worden. Aber es war nicht nur ein Missverständnis. In diesem Bericht und Antrag kommt das Wort Digitalstrategie immer wieder vor. Auf Seite 36 gibt es sogar – auf wenigen Zeilen – eine Vision.

Um was geht es? Es geht darum, Leute anzustellen, die eine Digitalstrategie und eine Vision ausarbeiten. Die Stadt hat heute noch keine Digitalstrategie und noch keine Vision. Diese soll für 14,3 Mio. Franken entstehen. Die erste Reaktion des Wirtschaftsverbandes auf diese Ankündigung war: «Glücklich eine Stadt, die so viel Geld hat, sich so etwas leisten zu können».

Die CVP-Fraktion überlegte sich, was eine Vision sein könnte, und stiess bei der Suche auf die Stadt Wien. Wien ist einer der «digitalen Hotspots Europas». Was haben diese bereits erreicht? Störungen der Wiener Bus- und Tramlinien werden in Echtzeit weitergegeben. Ein Routing zeigt, wie ein Ziel mit dem Personenwagen möglichst ohne Stau erreicht werden kann. Senioren werden flächendeckend in der Benutzung des Tablets geschult, die Smart Watch mit einem Notfallknopf, kombiniert mit Nachbarschaftshilfe, wird propagiert. Wenn ein Unwetter im Anmarsch ist, wird es so mitgeteilt und sogar Wartezeiten in Spitälern und Bezirksämtern können via App abgerufen werden. Der nächste Schritt ist auch schon angedacht: Wien arbeitet an einer Strategie zur natürlichen Intelligenz. Wien ist nicht allein: Von Singapur bis Freiburg im Breisgau werden digitale Modelle entwickelt. St. Gallen berichtet stolz, wie Sensoren die Abwasserentsorgung steuern, und dass die Stadt Preise für ihre Smart-City-Projekte gewinnt.

Die Stadt Luzern muss nicht so weit gehen: Einige hundert Meter zur Hochschule für Wirtschaft reichen. Das Masterprogramm in Applied Information und Data Science ist genau auf das Datenmanagement ausgerichtet. Daten werden in einem Datensee abgelegt und können zu Projekten werden, beispielsweise in der Mobilität oder für den Tourismus. Bei Projekten wie dem "Hackathon" versuchen Computerfreaks in Workshops, aus Behördendaten neue Zusammenhänge zu erkennen, die zu besseren Dienstleistungen verhelfen.

Man merkt: Wegen der Digitalisierung bleibt kein Stein auf dem anderen. Die klassische Marktforschung mit Passanten an der Hertensteinstrasse ist vorbei. Die GfK Switzerland AG hat ihr Telefonlabor in Hergiswil geschlossen. Für die Medien von morgen schreiben Roboter einen Teil der Texte. In Zürich gibt es einen Mängelmelder: Bewohner können via Smartphone-App Mängel an der Zürcher Infrastruktur der Stadtverwaltung melden. Die digitale Transformation geht in einem grossen Tempo voran. Wer stehenbleibt, wird abgehängt. 80 Prozent der Bevölkerung benutzt das Internet, zwei Drittel surfen unterwegs.

Und wir müssen dabei sein, mit Fokus auf die Lebensqualität und die Menschen in dieser Stadt, mit einem Prozess, der zu einer Smart City führt. Nach der Diskussion in der GPK und der formulierten Motion ist etwas ins Rollen gekommen.

- Plötzlich spricht man in der Antwort auf die Motion davon, dass die Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus, ja sogar auf nationaler Ebene, gesucht wird. Seit dem 1. Mai ist die Stadt Luzern Mitglied des Smart City Hub Switzerland. Gute Partner wären nach wie vor die K5-Gemeinden.

- Plötzlich sind vier Hochschulen und innovative Firmen, die in der Stadt wirken, als Partner im Gespräch.
- Plötzlich spricht man von einem Beirat von Vertretern aus Wirtschaft, Forschung und Kommunikation, ja sogar von einer parlamentarischen Begleitgruppe.
- Plötzlich erkannte man, dass es nicht einfach ein Change-Projekt der Stadtverwaltung sein kann, sondern dass die Digitalisierung viel mehr umfasst. Der Blick darf nicht einfach im Stadthaus bleiben. Es muss weiter hinausgeschaut werden.
- Und auch die Kommunikationsabteilung meldet sich zurück. Letztlich ist es ein Kommunikationsprojekt. Dass diese Abteilung eine Rolle spielen soll, stellte man im Bericht und Antrag nur als Randnotiz fest.

All das hätte man gerne früher gehabt, nämlich bevor der Bericht und Antrag geschrieben war, als Begründung für die hohen Mittel, die nun verlangt werden.

Aber es muss über den vorliegenden Bericht und Antrag gesprochen werden, wie er ist und nicht, wie er hätte sein können. Was soll damit gemacht werden? Es gibt zwei Möglichkeiten: Ihn zurückweisen und damit wieder auf Feld 1 (oder vielleicht ist es dann auch Feld 2) zurückgehen? Oder ihn als Basis akzeptieren, so wie er heute beschrieben wird, als Vorgehens- und Organisationsstrategie, die dem Stadtrat und der Verwaltung die Mittel gibt, die digitale Transformation vorwärtszutreiben?

Die CVP-Fraktion möchte das zweite Vorgehen verfolgen. Dem Stadtrat soll dieser nächste Schritt ermöglicht werden. Wir müssen jetzt vorwärtsmachen, die Digitalisierung ist zu dynamisch, als dass nochmals zugewartet werden kann. Mit der Antwort auf die Motion liegt nun einiges vor, viele Fragen werden geklärt, sie zeigt die Richtung, schafft eine Basis für die zukünftigen Arbeiten.

Die Fraktion will allerdings nicht einfach grünes Licht geben, dazu ist der Kredit zu hoch. Die CVP-Fraktion möchte den Prozess, der angestossen wird, nahe und auch kritisch begleiten. Der Aufwand soll auch einen Ertrag bringen, es braucht ein Controlling, konkret soll ein Mehrwert für die Bevölkerung entstehen.

Zweifel hat die CVP-Fraktion an der beantragten Stelle «Stadtentwicklung». Was konkret leistet sie für einen aktiv gesteuerten, gesamtheitlichen Planungs- und Veränderungsprozess? Wie sehr bringt die direktionsübergreifende Analyse von Entwicklungen das Projekt vorwärts? Und braucht es wirklich eine Stelle, um zentrale Themen und Fragestellungen zu identifizieren? Das alles wirkt recht schwammig. Was hier beschrieben wird, erwartet der Sprechende vom CDO und seinem Team. Wenn das nicht ausreichen sollte, kann später immer noch auf begründete Stellenanträge eingegangen werden.

Für die CVP-Fraktion ist dieser Bericht und Antrag ein «point de départ». Er ist, man kann es nicht anders sagen, eine Zangengeburt. Aber immerhin, es ist eine Geburt. Die Fraktion hat sich entschlossen, Geburtshelfer zu sein. Sie tritt folglich auf den Bericht und Antrag ein und wird ihm zustimmen, mit Ausnahme der Stelle für Stadtentwicklung.

**Irina Studhalter:** Das dicke Papier, das die Mitglieder des Grossen Stadtrates in den Händen halten, trägt eigentlich den falschen Namen. Statt «Digitalstrategie der Stadt Luzern. Vision, Wirkungs- und Jahresziele», sollte beispielsweise «Entwicklungsoptionen und Auslegeordnungen für die Stadtverwaltung» oder «Weg zur Strategie» stehen. Lustigerweise waren sich in der Kommis-

sion in diesem Punkt alle sehr einig. Es ist etwas schade, dass die Erkenntnis nicht früher im Prozess kam. Die Sprechende findet es aber trotzdem einen spannenden Prozess, der bis jetzt sehr konstruktiv verlief und hoffentlich auch konstruktiv bleibt. Die Stadt Luzern setzte sich selber das Legislaturziel «Die Stadt Luzern ist im Bereich der digitalen Transformation wegweisend». Damals setzte sich die Sprechende für diesen Satz ein, weil sie findet, dass er mutig und visionär ist. Sie würde ihn auch weiterhin verteidigen. Wenn der Bericht und Antrag «Digitalstrategie» aber mit diesem Ziel im Hinterkopf gelesen wird, dann ist es doch sehr ernüchternd. Aus der Beratung in der Geschäftsprüfungskommission entstand die Motion «Vision Smart City Luzern». Die stadträtliche Antwort erfolgte schnell und ausführlich und fällt bei der Sprechenden in die Kategorie «Besser spät als nie». Sie bedankt sich beim Stadtrat, dass die Kritik aus der Kommission konstruktiv aufgenommen wurde und in den weiteren Prozess einfließt. Mittlerweile ist die Sprechende optimistisch und sehr gespannt darauf, wohin der Weg für die Stadt Luzern in der digitalen Transformation führt. Drei Kritikpunkte sollen hervorgehoben werden:

1. Die Partizipation kommt in der Digitalstrategie nicht vor. Der Bericht und Antrag ist ausschliesslich aus Sicht der Stadtverwaltung geschrieben und die Stadtbevölkerung wurde dabei vergessen. Die Bevölkerung ist nicht nur Kundin der Stadtverwaltung. In der Beantwortung der Motion findet die Partizipation etwas mehr Bedeutung. Eine digitale Stadt ist nicht nur dazu da, mit der Verwaltung zu interagieren, sondern sie ist für alle da, die sich in der Stadt bewegen. Alle Technologien müssen für Menschen gemacht werden. IT hat keinen Selbstzweck, sie ist nur Trägerin, sie ist da, um Menschen zu unterstützen. Nur wenn sich Menschen Technologien aneignen, funktionieren diese auch gut. Aneignen kann man über Mitwirkung. Für eine digitale Stadt braucht es also Formen und Gefässe, die die Bedürfnisse der Bevölkerung abholen. Es braucht Angebote, welche die Bevölkerung in ihrem Alltag unterstützen, und es braucht Plattformen, über welche die Bevölkerung mit der Verwaltung, mit der Politik, aber auch untereinander, interagieren kann. Die Digitalisierung bietet nämlich ganz viele Möglichkeiten, um die Demokratie weiterzubringen und weiter zu formen. Mit Partizipation meint die Sprechende nicht nur, dass Ideen in der Konzeptphase abgefragt werden, sondern mit Partizipation ist z. B. auch ein Projekt in Winterthur gemeint, wo man über eine App versucht, junge Leute über Politik zu informieren und ihnen die Möglichkeit bietet, selber mitzureden. Wie wäre es, wenn man auf einem Portal Unterstützung für ein politisches Anliegen suchen und zusammen einen Bevölkerungsantrag machen könnte? Oder vielleicht könnte man ja einen Teil der Stadtteilkonferenzen digital gestalten? Oder Luzernerinnen und Luzerner könnten sich online finden, um zusammen ein Quartierfest zu organisieren. Die Stadt Luzern kann eine politische Beteiligung, aber auch eine Community online gestalten.
2. Der zweite Bereich Smart City fällt im Bericht und Antrag extrem spärlich und schwammig aus. Es fehlt eine griffige Definition. Auch die Motion gibt dazu keine klare Antwort, sondern nur eine Zielformulierung. Smart City kann man wie in Wien verstehen (sehr partizipativ) oder wie in Singapur (überwachend). Die Stadt Luzern kann ihre Definition von Smart City, ihr Verständnis davon, nicht ändern überlassen, sondern sie muss sich selber ein klares Bild schaffen und sich einen Begriff Smart City aneignen. Für die G/JG-Fraktion bedeutet Smart City radikale Ressourcenschonung, Zusammenarbeit mit der Bevölkerung, Chancengleichheit. Im Bericht und Antrag ist Smart City eines von vier Unterthemen. Eigentlich wäre Smart City aber

das Dach der ganzen digitalen Transformation. Es braucht eine umfassende Vision, ein Zielbild, wie die Stadt Luzern in einer digitalen Welt aussehen und gestaltet werden will. Wie bewegt man sich in einer digitalen Stadt? Wie kommuniziert die Stadt mit der Bevölkerung oder mit all jenen, die sich in der Stadt bewegen? Wie kommuniziert die Bevölkerung untereinander und wie gestalten wir die soziale und politische Beteiligung, wie funktioniert der politische Entscheidungsprozess, wie entwickelt sich die Stadt raumplanerisch, wie kann die Digitalisierung die Stadt in diesen Entwicklungen unterstützen? All das sind die grossen und spannenden Fragen der Smart City. Smart City ist der Nährboden für Innovation. Wenn man nach Zürich schaut, gibt es dort Smart City Labs, um die digitale Transformation in Pilotprojekten voranzutreiben. Zürich hat Innovation Fellowships, in welchen Expertinnen und Experten die Verwaltung während ein paar Wochen oder Monaten bei der Weiterentwicklung von Projekten unterstützen. Luzern muss nicht genau dasselbe tun wie die Stadt Zürich, aber Luzern muss Smart City als eine Möglichkeit und als Dach der digitalen Transformation verstehen. Die Sprechende hofft, dass der Grundstein für eine solche Vision mit der Motion gelegt ist.

3. Die Vernetzung fehlt. Digitalisierung bedeutet die Übersetzung vom Analogen in das Digitale. Digitale Transformation bedeutet aber ein Neudenken von Aufgaben und Abläufen. Die Digitalisierung schafft lediglich die Möglichkeit der Vernetzung. Die digitale Transformation soll aber die Vernetzung nutzen, um Abläufe zu vereinfachen und Aufgaben neu zu denken. Man kann zum Beispiel Abteilungen intern untereinander vernetzen. Die Sprechende weist auf die Anmeldung für die Kita hin: Um ein Kind für die Kindertagesstätte anzumelden, muss eine Familie viele Angaben machen, über welche die Stadt eigentlich schon verfügt, wenn die einzelnen Abteilungen miteinander vernetzt wären. Es geht auch um die Vernetzung verschiedener Anbieter wie zum Beispiel Google, SBB, vbl. Die Sprechende stellt sich vor, dass sie aus dem Haus geht und über eine App anfragt, wie sie am einfachsten von A nach B gelangt. Dann würde sie die Auskunft erhalten, wo sie ein Velo ausleihen könnte, wo ein Bus fährt. Es geht auch um die Vernetzung mit anderen Organisationen, mit anderen Playern, die ähnliche Interessen in diesem Bereich haben. Vielleicht sind das Kriens und Horw, vielleicht Zürich und Winterthur, vielleicht Wien und Singapur. Die digitale Transformation endet längst nicht an der Gemeindegrenze. Oder kann die Stadt vielleicht mit der Smart City Hub Switzerland zusammenarbeiten?

Nun folgt eine Bitte der Sprechenden: Die digitale Transformation bietet extrem viele Möglichkeiten und Chancen. Die G/JG-Fraktion sieht den Bericht und Antrag zur Digitalstrategie und vor allem die Motion «Vision Smart City Luzern» als Grundlage, um all die Entwicklungen in Richtung einer smarten Stadt Luzern anstossen zu können. Die Entwicklung steckt erst in den Kinderschuhen. Um grosse Schritte machen zu können, braucht es Leute und Fachwissen, was Geld wert ist. Die Ressourcen, die mit diesem Bericht und Antrag gesprochen werden, geben die Möglichkeiten dazu. Ohne diese Ressourcen wird es weder eine richtige Digitalstrategie geben, die dem Namen gerecht wird, noch werden innovative Projekte für eine Smart City entstehen können. Die Vision würde wohl eher ein Träumli in Schwarz-weiss bleiben. Die Sprechende bittet, das Geschäft heute so zu behandeln, dass die Stadt einen bedeutenden Schritt in Richtung Smart City machen kann. Die G/JG-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein, überweist ihn und unterstützt die Überweisung der Motion «Vision und Strategie Smart City Luzern».

**Judith Wyrsch:** Es liegen ihr Notizen vom 21. März 2019 vor. Zu jenem Zeitpunkt hätte der Bericht und Antrag behandelt werden sollen. Damals wurde «Antrag auf Rückweisung und Überarbeitung» beschlossen. Nun schreibt man den 16. Mai 2019. Keine Zeile des Berichts ist anders. Was passierte in diesen zwei Monaten? Eine Motion wurde nachgereicht, welche die GLP-Fraktion unterstützt. Sie ist auch mit der stadträtlichen Antwort auf die Motion sehr einverstanden. Die Fraktion las den vorliegenden Bericht in den vergangenen zwei Monaten auf verschiedene Arten, von oben nach unten, von hinten nach vorne. Im Bericht und Antrag werden zwei Sachen vermischt: Die digitale Transformation und die Anpassung der verwaltungsinternen Verantwortlichkeiten und Abläufe. Das hat zwar auch, aber bei weitem nicht nur mit der Digitalisierung zu tun. Natürlich ist es sinnvoll, die Abläufe in der Stadtverwaltung weiter zu optimieren und auch zu automatisieren. Nur, damit wird man nicht eine grosse digitale Stadt in der Schweiz werden, wie es in dem Bericht und Antrag steht. Es braucht auch keine Projektleiter, um Adressstämme der verschiedenen Ämter abzugleichen. Das Hauptproblem des Berichts und Antrags ist nach wie vor, dass der Top-down-Ansatz gewählt wird: Zuerst Strukturen und Stellen schaffen – ein CDO wird es dann schon richten. Die digitale Transformation funktioniert aber gerade anders, nämlich nach der Bottom-up-Methode. Daraus kann man den Mehrwert für Unternehmen generieren. Es braucht dazu keine grosse Verwaltung, es braucht einen Datenschützer, der die ausgelieferten Daten rechtskonform und genügend anonymisiert und vorerst einmal einen CDO. Die Sprechende zieht im Namen der GLP-Fraktion Fazit und sagt: Obwohl in den letzten zwei Monaten tatsächlich viel gegangen ist in der Stadt Luzern, wird die digitale Transformation mit den 14 Mio. Franken höchstens marginal gefördert. Es gab viel Schelte von allen Parteien und auch heute in der Debatte kamen viele Verbesserungsvorschläge. Die Konsequenz kann nur sein, den Bericht und Antrag zurückzuweisen. Die GLP-Fraktion unterstützt den FDP-Fraktionsantrag auf Rückweisung.

**Mario Willmann:** Als vor mehr als einem Jahr in der Geschäftsprüfungskommission die Digitalstrategie vorgestellt wurde, warnte die SVP-Fraktion bereits, dass sie unter Digitalstrategie etwas ganz anderes versteht als das, was nun im vorliegenden Bericht und Antrag steht. WLAN und Windows 10 Update gehören definitiv nicht in eine Digitalstrategie, die das Ziel einer digitalen Transformation hat. Da wurden mehr als nur die letzten zwei Jahren verschlafen. In der Privatwirtschaft würden nun Köpfe rollen. In den Augen des Sprechenden ist es peinlich für die Stadt Luzern, dass die GPK mittels Vorstoss zeigen muss, was heutzutage unter einer digitalen Strategie verstanden wird. Es wurde in der Kommission berichtet, dass kein Geld dazu vorhanden war. Als der Sprechende letzte Woche den Serverraum der Stadt Luzern sah, lief ihm ein kalter Schauer über den Rücken. Dass man bei der IT und bei der IT-Sicherheit spart, ist nicht nur unprofessionell, sondern mit diesen persönlichen Daten, die die Stadt speichert, grobfahrlässig. Der vorliegende Bericht und Antrag kostet 14 Mio. Franken für etwas, das man verpasst hat. Die zukünftige Digitalstrategie wird nochmals so teuer sein, wenn man dort ein richtiges Upgrade macht. Die SVP-Fraktion versteht selbstverständlich, dass der Stadtrat vorwärts machen will. Aber die Verwaltung zusätzlich aufzublasen, sieht die SVP-Fraktion nicht. Es stellen sich Fragen wie: Welche Kosten sollen durch die Digitalisierung eingespart werden? Bei welchen Themen will die Stadt wirklich führend sein bezüglich digitale Transformation? Die SVP-Fraktion folgt dem Antrag der FDP-Fraktion auf Rückweisung und lehnt jegliche Zusatzkosten ab.

**Fabian Reinhard** hört kritische Voten aus allen Fraktionen. Er erinnert an die Aufgabe des Parlaments und an die Aufgabe des Stadtrates. Aufgabe des Stadtrates ist es, einen überzeugenden Bericht und Antrag zu schreiben, damit die Mitglieder des Grossen Stadtrates sich vom Inhalt des Berichts und Antrags überzeugen lassen und ihm zustimmen können. Wenn ein Bericht und Antrag die Parlamentarierinnen und Parlamentarier inhaltlich nicht überzeugt, dann ist er zurückzuweisen zur Überarbeitung. Es wäre etwas naiv, wenn man sich als Kommission selber auf die Schultern klopf und denkt, man habe – so rasch in einem halben Tag – mit der Motion das Thema Strategieentwicklung in der Digitalstrategie gelöst und nun sei alles gut. Die Motion enthält eine Idee. Ob diese gut ist, muss abgetieft werden. In dem Sinn macht der Sprechende nochmals Werbung dafür, die Chance auf eine Rückweisung zur Überarbeitung wahrzunehmen. Dies umso mehr, als es mit der Motion 276 eine Idee gibt, wie der Bericht und Antrag überarbeitet werden könnte, und es somit eine sehr konstruktive Rückweisung wäre. Verschiedene Fraktionen sagen, dass es jetzt einfach mal darum geht, voranzukommen. Der Sprechende warnt: Wenn man ohne Strategie in eine Richtung rennt, besteht Gefahr, dass man in die falsche Richtung rennt. Ohne überzeugende Strategie gilt das Ovo-Prinzip: Mit mehr Mittel kannst du es nicht besser, aber länger.

**Irina Studhalter:** Der Sprecher der FDP-Fraktion negiert mit diesem Votum die Kompetenz und die Arbeit des Grossen Stadtrates. Ein Bericht und Antrag wird den Mitgliedern des Grossen Stadtrates unterbreitet und sie dürfen daran arbeiten. In der Geschäftsprüfungskommission wurde über diesen diskutiert. Man ist schon ein gutes Stück Weg vorwärtsgekommen, und das möchte die Sprechende würdigen. Wenn man die stadträtliche Antwort auf die Motion liest, so findet sie, ist der Weg sehr positiv verlaufen. Wie will die Verwaltung eine Strategie erarbeiten, wenn keine Zeit und kein Geld dafür vorhanden sind, diese zu erarbeiten? Dann gibt es wie bereits erwähnt keine Strategie, sondern einfach ein Träumli in Schwarz-weiss.

**Mario Willimann** schliesst sich Fabian Reinhard's Votum an und möchte beliebt machen, diesen Bericht und Antrag zurückzuweisen. Wenn er das Ganze objektiv anschaut, ist der vorliegende Bericht und Antrag keine Strategie. Es werden in den nächsten zehn Jahren massive Kosten auf die Stadt zukommen. Der Sprechende behauptet, dass das zwischen 50 und 100 Mio. Franken sein werden, die die Stadt investieren muss, wenn sie digital transformieren will. Die Kosten gehören jetzt in die Digitalstrategie wie auch die Visionen. Das fehlt in diesem Bericht und Antrag.

**Stadtpräsident Beat Züsli:** Der Stadtrat hat mit der Vorgabe in der Gemeindestrategie, die Stadt Luzern wolle im Bereich der digitalen Transformation wegweisend sein, die Latte hoch gelegt. Aber das Parlament unterstützte diesen Leitsatz auch und der Sprechende glaubt, dass man auf einem gemeinsamen Weg ist. Der Stadtrat dokumentierte klar, dass die digitale Transformation ein zentraler Schwerpunkt der nächsten Jahre in der Luzerner Stadtpolitik sein soll. Er ist überzeugt, dass die Stadt Luzern eine grosse Chance hat, in diesem Bereich wirklich wegweisend zu sein. Die Stadt Luzern hat eine Grösse, welche gewisse Sachen zulässt, was kleinere Gemeinden vielleicht nicht realisieren können. Die Stadt ist aber auch so organisiert, dass sie auf relativ kurzen Wegen etwas in Gang bringen kann. Auf dem Platz Luzern, aber auch in der Region Luzern, hat es ganz viele Firmen, Hochschulen, die in diesem Bereich sehr kompetent sind und mit denen die Stadt die Zusammenarbeit suchen will. Erste Zusammenarbeitsprojekte gibt es bereits. Der Stadtrat stellte

auch fest, dass es nicht um IT-Projekte, sondern um eine Transformation geht. Es geht um neue Prozesse, um neue Abläufe, teilweise um komplett neue Inhalte. Es geht wirklich deutlich über ein Technikprojekt hinaus. Es wurde kritisiert, wie die Strategie entwickelt wurde und dass es zum Teil gar keine Strategie sei. Es gibt verschiedene Wege, wie man zu einer Strategie kommt. Der Stadtrat entschied sich, mit internen Fachleuten (sie sind in der Stadt auf verschiedenen Direktionen verteilt) und mit externer Unterstützung die Strategie zu entwickeln. Für den Stadtrat war die Vernetzung von Anfang an ein wichtiger, zentraler Punkt. Man darf feststellen, intern fand die Vernetzung statt, extern, da nimmt der Stadtrat die Kritik entgegen, konnte die Vernetzung im Rahmen der Erarbeitung des Berichts und Antrags zum Teil zu wenig gemacht werden. Es ist richtig, auch diese Kritik nimmt der Stadtrat auf, dass die Strategie nicht detailliert aufzeigt, was in den nächsten Jahren an Projekten und Inhalten effektiv umgesetzt werden kann. Auch die Vision, welche über die Motion gefordert wird, fehlt zum Teil oder ist noch nicht so umfassend formuliert. Insbesondere sind die Ausführungen im Bericht und Antrag zur Smart City oder auch zu Aktivitäten im Öffentlichen Raum knapp. In der stadträtlichen Antwort zur Motion 276 konnte das zum Teil ergänzt werden. Der Stadtrat hat mit dem Bericht, im Kern ist es eine Vorgehens- und Organisationsstrategie, den Startpunkt und den Weg beschrieben. Das sind zwei wichtige Teile. Mit der Umsetzung der Motion 276 kann der Stadtrat noch genauer aufzeigen, welche Ziele verfolgt werden sollen, welche Inhalte als prioritär erachtet werden und insbesondere auch wie man die Bevölkerung und andere beteiligte Dritte (Firmen zum Beispiel) stärker einbeziehen kann und will (Stichwort Partizipation). Erfahrungen aus anderen Städten, z. B. Wien, zeigen, dass es aufgrund grosser Dynamik immer wieder eine rollende Planung sein wird. Es wird nicht eine Strategie sein, die abgeschlossen ist und über mehrere Jahre so umgesetzt werden kann. Es braucht immer wieder Ergänzungen. Ein Kritikpunkt möchte der Sprechende aber ganz klar zurückweisen. Es wurde gesagt, die Stadt Luzern gehe mit Daten grobfahrlässig um. Diese Kritik muss klar verneint werden. Es wird sehr verantwortungsvoll mit den entsprechenden Daten umgegangen, mit den Mitteln, die im Moment zur Verfügung stehen. Es wurde gesagt, es gebe noch keine Vision Smart City. Für den Stadtrat ist klar: Der Nutzen für die Bevölkerung muss im Zentrum stehen. Man will keine Digitalisierung nur der Digitalisierung wegen. Verschiedene Chancen können genutzt werden, es braucht dazu eine Prioritätensetzung. Die Stadt kann nicht alles machen, was andere Städte oder der Kanton machen, aber das ist auch nicht nötig. Die Stadt muss ihre Rolle finden. Der Stadtrat geht davon aus, dass die Grundlage Datenplattformen, die heute genannt wurde, wichtig ist. Aber ob das für die Stadt alleine sinnvoll ist, oder ob man das regional anschauen müsste, unter Einbezug beispielsweise des Kantons, anderer Gemeinden oder Unternehmen wie ewl, vbl, CKW usw., muss noch genau untersucht werden. Der Stadtrat geht davon aus, dass ein ganz zentrales Element der Smart City die Partner- und Kooperationsnetzwerke mit den Firmen und Hochschulen sind. Da bestehen bereits Kontakte. Dass die Stadt in diesem Bereich aktiv ist, wurde heute auch gewürdigt. Mit der jetzigen Organisation kann die Stadt die Kontakte nur marginal pflegen. Es braucht effektiv mehr Kompetenz, mehr Ressourcen, sonst kann man das nicht weiterführen. Die Stadt Luzern ist, das wurde auch genannt, seit Anfang Mai Mitglied der Smart City Hub Switzerland. Dem Verband gehören bisher acht Städte und Gemeinden an. Primär geht es am Anfang um den Erfahrungsaustausch auf nationaler Ebene. Idee ist es, dass daraus später gemeinsame Projekte entstehen. Der Stadtrat ist weiterhin überzeugt, dass die Vorschläge im vorliegenden Bericht und Antrag für die Bereiche Organisation und Ressourcen richtig sind. Im Bereich Organisation ist die Stadt daran,

diese so aufzustellen, dass die nötige Vernetzung der Projekte wirklich passieren kann. Deshalb reicht es auch nicht, eine Einzelperson einzusetzen (zum Beispiel einen CDO, es kann selbstverständlich auch eine Frau sein), sondern es braucht ein Team. Es braucht die Vernetzung gegen aussen, aber auch gegen innen, damit die Projekte entsprechend unterstützt werden können. Es gibt im Moment fast täglich Projektanfragen. Es braucht Ressourcen, um diese Projekte beurteilen zu können und zu priorisieren, denn nicht jede Idee, die an die Stadt herangetragen wird, ist so gut oder im Nutzen der Stadtbevölkerung, dass sie umgesetzt werden kann. Im Bereich Ressourcen ist eine Hauptkritik, dass man zuerst einmal Ressourcen schaffen und dann weiterschauen will. Der Stadtrat wog sehr sorgfältig ab, was es braucht. Es ist einerseits eine Bündelung vorhandener Ressourcen, um einen guten Start zu ermöglichen, andererseits eine sehr sorgfältige Ergänzung. Der Kernbereich umfasst den Beschluss zur Ziffer I. Wenn man dort reduzieren würde, gefährdet man insbesondere die Zusammenarbeit gegen aussen, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, den Hochschulen und weiteren Dritten. Aber auch die interne Koordination könnte nicht im geplanten Ausmass sichergestellt werden. Im Moment, und das wird im Bericht und Antrag auch aufgezeigt, laufen über 50 Projekte. Der Sprechende ist überzeugt, dass jedes Projekt in sich sehr gut organisiert ist und über ein entsprechendes Controlling verfügt. Aber die direktionsübergreifende Vernetzung ist im Moment nicht gewährleistet. Synergien inhaltlicher Art, aber auch Synergien, die einen Effizienzgewinn bringen und am Schluss Kosten einsparen lassen, können nicht genutzt werden. Umgekehrt heisst das auch, dass wenn man die Projekte einfach so laufen lässt, es die Stadt auch Geld kostet. Das, was heute beraten wird, ist eine Investition, auch um Synergien zu schaffen und auch um effizienter zu werden. Es gibt noch drei angesprochene Bereiche, die über den Kernbereich der digitalen Transformation hinausgehen. Es betrifft die drei beantragten 50-Prozent-Stellen Kommunikation, Recht und Stadtentwicklung. Um den vom Stadtrat verfolgten ganzheitlichen Ansatz umzusetzen, sind diese drei Bereiche nötig. Kommunikation ist wichtig, um gerade den Bereich Smart City, der nun vom Parlament wirklich sehr breit unterstützt wird, stärker in den Fokus nehmen zu können. Es braucht dort Kommunikation mit Firmen, mit der Bevölkerung, mit anderen Beteiligten. Die Stelle einer Juristin oder eines Juristen ist wichtig, weil der Stadt im Moment eine gebündelte Kompetenz, eine zentrale Anlaufstelle im Bereich der städtischen Beschaffung, fehlt. Es gibt immer wieder rechtliche Fragestellungen, die nicht abgedeckt werden können. Ohne etwas heraufbeschwören zu wollen, gibt es relativ viele Negativbeispiele in der IT-Beschaffung, sei es auf Gemeindeebene oder auch auf nationaler Ebene. Das will der Stadtrat von Anfang an verhindern. Die Digitalisierung wird in dem Bereich neue Herausforderungen bringen. Es wurde in der Debatte gefragt, was der Zusammenhang der neu zu schaffenden Stelle Stadtentwicklung mit der digitalen Transformation ist. Erfahrungen in anderen Städten, insbesondere im Bereich Smart City, zeigen, dass es dort einen engen Zusammenhang gibt. Das Thema Stadtentwicklung ist in der Stadt Luzern aktuell inexistent. Früher gab es dazu eine Teilzeitstelle. Mit der Reorganisation kam es zu einer klaren Trennung zwischen Stadtplanung und Stadtentwicklung. Im Bereich Stadtentwicklung sind im Moment keine Ressourcen verfügbar. In der Motion 276 wird ein wichtiges Thema angesprochen, nämlich, dass man direktionsübergreifender tätig werden soll, dass man «Silos» aufbrechen soll und somit die Themen stärker verbinden kann. Genau das wäre eine Aufgabe der Stelleninhaberin oder des Stelleninhabers Stadtentwicklung. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die CDO-Stelle es alleine nicht leisten kann. Zum Fazit: Die Stadt Luzern ist im Bereich der digitalen Transformation noch nicht wegweisend. Der Stadtrat behauptete das auch nie. Aber, und davon ist der

Stadtrat überzeugt, man ist mit dem Bericht und Antrag auf einem guten Weg, einen ersten wichtigen Schritt in diese Richtung zu machen. Die Stadt Luzern vergleicht sich bereits heute mit anderen Städten. Man darf feststellen, dass der im Bericht und Antrag gewählte ganzheitliche Ansatz zukunftssträchtig ist, und dass dieser auf sehr grosses Interesse stösst. Insbesondere Städte, die mit einer einzelnen CDO-Stelle begonnen haben, erachten das Modell der Stadt Luzern, nämlich, dass man von einer Einzelmassnahme zu einer Gesamtbetrachtung, zu einem ganzheitlichen Ansatz kommt, als sehr wichtig. Der Stadtrat erhielt entsprechend sehr positive Rückmeldungen. Wichtig ist nun aus Sicht des Stadtrates, ein Signal nach aussen zu geben, sei das zur Bevölkerung oder auch zu interessierten Partnerinnen und Partnern, dass die Stadt Luzern im Bereich der digitalen Transformation wirklich vorwärts machen will und es keinen Aufschub mehr gibt. Der Stadtrat bittet den Grossen Stadtrat, auf den Bericht und Antrag einzutreten und ihm entsprechend auch zuzustimmen.

**Gianluca Pardini** geht auf das Votum von Fabian Reinhard ein, der sagte, es sei naiv zu glauben, dass mit dieser Motion alle Probleme gelöst seien und die Stadt plötzlich einen wegweisenden Weg eingeschlagen habe. So ist es nicht. Der Sprechende sieht die Motion als einen Kompromiss. Durch diese Motion erspart man sich fünf Vorstösse. Man konnte Forderungen einpacken, Leitplanken setzen, die schlussendlich parteiübergreifend akzeptiert wurden. Fabian Reinhard sprach von den digitalen Plattformen. Das ist ein Punkt des ganzen Prozesses. Was der Sprechende seitens FDP-Fraktion aber nicht hörte, ist, wie der Prozess inhaltlich gestaltet werden kann. Dass eine Rückweisung konstruktiv sein könne, wie Fabian Reinhard sagte, sieht der Sprechende nicht. Aus seiner Sicht ist eine Rückweisung nie konstruktiv. Der Prozess soll nun konstruktiv miteinander gestaltet werden. Dem Stadtrat soll das nötige Vertrauen geschenkt und die nötigen Ressourcen gesprochen werden.

**Mario Willimann** bezieht sich auf das Votum von Stadtpräsident Beat Züsli. Wenn Wien als Vorbild genommen wird, muss man wissen, dass diese Stadt vor zehn Jahren begann, eine Strategie aufzubauen, die nun umgesetzt wurde. Wien hat digitalisiert. Eine Transformation fand aber in Wien auch noch nicht statt. Es ist der Prozess, der nach der Digitalisierung stattfindet. Dann kann man transformieren und mit den Daten das herausholen, was man unter digitaler Transformation versteht und nachher auch anbieten.

Der Sprechende geht nochmals auf den Umgang mit Daten ein. Er erachtet diesen als unprofessionell und fragt sich, wer in der Stadt das Riskmanagement IT-Sicherheit unter sich hat. Wenn das Datacenter, welches alle Daten verwaltet, brennen würde, verstrichen acht Wochen, bis die Verwaltung wieder funktionierte. Studien belegen, dass wenn bei einer Bank wie der UBS oder der CS die IT ausfällt, diese nach zwei Tagen schliessen müsste. Sicher liegt der Fall bei der Stadt anders. Aber man muss bedenken, dass die Stadt mehrere hundert Mitarbeiter und über 80'000 Einwohner hat. Der Sprechende empfiehlt der Stadt, in den nächsten Jahren grosszügig Geld für die digitale Transformation zu budgetieren. Nicht nur die Stadt Luzern ist am digital Transformieren. In den nächsten zehn Jahren wird es wahrscheinlich schwierig werden, richtige und gute Leute zu finden, und es wird massiv teuer werden.

**Finanzdirektorin Franziska Bitzi Staub** richtet das Wort an Mario Willimann. Es wurde den Mitgliedern des Grossen Stadtrates ein Bericht und Antrag verschickt, welcher den Medien noch nicht bekannt ist. Die Sprechende bittet ihn, die Mediensperrfristen etc. zu beachten und die Diskussion zu verschieben, bis das entsprechende Geschäft mit der Ausgabebewilligung kommt und zumindest in der GPK vorbesprochen ist.

**Albert Schwarzenbach:** Mario Willimann sagte, dass, falls dem Bericht und Antrag zugestimmt wird, grosse Kosten auf die Stadt zukommen würden. Im Hearing mit zwei Mitarbeitern aus der Verwaltung wurde dem Sprechenden gesagt, dass der Finanzbedarf für den Zeitraum 2019–2021 5,6 Mio. Franken und für den Zeitraum 2022–2028 8,75 Mio. Franken betrage. Beide Zahlen finden sich im vorliegenden Bericht und Antrag. Nicht im Bericht und Antrag aufgeführt sind Kosten, mit denen sonst noch gerechnet werden müsste (ab 2022 wäre es ein Investitionskredit von einer Million Franken pro Jahr). Diese Aussage unterscheidet sich massiv von dem, was Mario Willimann befürchtet. Der Sprechende hätte gerne eine Aussage dazu, ob seine Angaben korrekt sind oder ob noch mit höheren Kosten, von denen die Mitglieder des Grossen Stadtrates noch gar nichts wissen, gerechnet werden muss.

**Christian Hochstrasser** würde gerne zur Frage «Eintreten» oder «Rückweisung» zurückkommen. Die Aussagen der Mitglieder des Grossen Stadtrates sind sehr unterschiedlich. Aber, so glaubt der Sprechende herauszuspüren, auch wenn es zwischen den Zeilen ist: Bei der Zielvorstellung, wohin die Stadt in der Frage der Digitalisierung will, sind sich die Parlamentarier gar nicht so uneinig. Es gibt zwar unterschiedliche Haltungen zu einzelnen Themen, aber grundsätzlich sieht man eine Idee, wo die Stadt hingelangen soll. Es fragt sich nun, wie stark der vorliegende Bericht und Antrag von der Meinung der Fraktionen, wo die Stadt hin soll, entfernt ist. Die einen haben das Gefühl, dass dem Stadtrat mit der Motion 276 der Weg aufgezeigt wird, wie es weitergehen soll. Die Motion ist wie eine Wegbeschreibung, mit der man den richtigen Weg findet und mit der man eben nicht in die falsche Richtung rennt. Dass in der Verwaltung ein Nachholbedarf besteht und dass vorwärts gemacht werden muss, darüber ist man sich einig. Es gibt nun zwei Möglichkeiten: Einhalten gebieten, die Verwaltung nochmals zurück zum Start schicken und diese ohne zusätzliche Ressourcen auffordern, nochmals alles in Ruhe zu überlegen, oder der Verwaltung nach der stadträtlichen Antwort auf die Motion zutrauen, dass sie diesen Weg findet, von dem die grosse Mehrheit des Parlaments das Gefühl hat, dass es dorthin gehen soll. Vertraut man dem Stadtrat, dass dieser mit den Ressourcen, die nach dem Eintreten allenfalls gesprochen werden, den Weg findet? Der Sprechende meint, dass erste wichtige Ansätze dazu vorhanden sind und die stimmen ihn zuversichtlich, wenn auch nicht zu hundert Prozent. Der Stadtrat gab mit seiner Antwort auf die Motion ein Zeichen, dass er die Wegbeschreibung verstand. Das Vertrauen zu geben ist sinnvoll und ein konstruktiver Weg. In zwei Jahren wird ein Zwischenbericht erstellt. Der Weg nach vorne soll mit dem Parlament und mit den nötigen Ressourcen erarbeitet werden, sodass die Zielvorstellungen des Grossen Stadtrates nachher in diesem Bericht abgebildet sind.

Stadtpräsident Beat Züsli meinte vorhin, der Stadtrat sei mit dem Bericht und Antrag auf gutem Weg. Dem widerspricht der Sprechende. Mit dem Bericht und Antrag selbst ist der Stadtrat nicht auf einem guten Weg, aber zusammen mit der Antwort auf die Motion findet er vielleicht den guten Weg. Eine Rückweisung, der Sprechende richtet das Wort an Gianluca Pardini, darf durchaus auch

einmal konstruktiv sein. Aber in diesem Fall glaubt er nicht, dass der Stadtrat und die Verwaltung ohne die zusätzlichen Ressourcen bei einer Rückweisung und der Überarbeitung zu einem Resultat kommen, das das Parlament zufrieden macht. Der Sprechende bittet alle, darüber nachzudenken, ob Eintreten in diesem Fall nicht doch der bessere Ansatz wäre.

**Jules Gut:** So wie es ausschaut, tritt der Grosse Stadtrat ein und wird dem Bericht und Antrag zustimmen. Vor nicht allzu langer Zeit wurde hier im Rat über die Aufwertung der Schulanlage St. Karli und über den zweiten Teil Kleinstadt diskutiert. Dort rang man um Argumente, weshalb man nicht zustimmen wollte. Das Hauptargument für die Nichtzustimmung – so notierte es sich der Sprechende damals – war eine neue zusätzliche Stelle in der Verwaltung. Nun liegt ein Bericht und Antrag vor, bei dem in den Augen des Sprechenden nicht so klar ist, was der genaue Auftrag ist und man von sage und schreibe 14 Mio. Franken spricht. Der Sprechende staunt, wie nun locker gesagt werden kann, dass es nötig ist und dass man es braucht. Beim St. Karli-Schulhaus hätte man einen klaren Auftrag, einen klaren Mehrwert für die Bevölkerung und ein klares Projekt gehabt. Der Sprechende staunt schon, wie man hier im Ratssaal frei argumentieren kann.

**Stadtpräsident Beat Züsli** möchte kurz zu zwei Themen Stellung nehmen. Beim guten Weg, den er im vorangegangenen Votum beschrieb und den Christian Hochstrasser aufnahm, schloss der Sprechende auch die Antwort auf die Motion 276 mit ein. Sie ist für den Stadtrat eine wichtige Grundlage, um zusammen mit dem Parlament den Inhalt zu schärfen und um genauer sagen zu können, welche Bereiche in Zukunft prioritär weiterverfolgt werden sollen. Der Sprechende betont, dass es inhaltlich keinen Widerspruch gibt zwischen der Antwort auf die Motion und dem Bericht und Antrag. Der Stadtrat betrachtet die Antwort als Ergänzung, ein Stück weit auch als Präzisierung des Berichts und Antrags und das hilft für eine stärkere Priorisierung. Albert Schwarzenbach fragte nach den Kosten, die zusätzlich auf die Stadt zukommen könnten. Der Betrag, der im Bericht und Antrag bis in das Jahr 2021 notiert ist, ist der, der überblickbar ist. Diesen Betrag kann man beim Parlament beantragen und entsprechend begründen. Detaillierte Aussagen über Ausgaben, die zeitlich weiter weg liegen, sind sehr schwierig zu machen. Im Jahr 2021 wird ein Zwischenbericht erstellt. Dann können weitere Aussagen gemacht werden. In Bereichen wie dem angesprochenen Datacenter oder der Ausrüstung an den Schulen stehen in der Infrastruktur weitere Kosten an. Wenn man diese Bereiche auch einbeziehen würde, dann kommen tatsächlich weitere Kosten auf die Stadt zu. Sobald der Zwischenbericht erscheint, wird das Parlament wieder entsprechend involviert sein und zu den weiteren Kosten Stellung nehmen können.

**Ratspräsident Daniel Furrer** lässt über den FDP-Antrag auf Rückweisung zur weiteren Überarbeitung des B+A 1/2019 abstimmen.

**Der Grosse Stadtrat lehnt den Antrag auf Rückweisung ab und tritt somit auf den B+A 1/2019 ein.**

DETAIL

*Seite 2 Bezug zur Gemeindestrategie 2019–2028 und zum Legislaturprogramm 2019–2021*

**GPK-Präsidentin Luzia Vetterli:** Das folgende Legislaturziel 2.3 wurde in der Aufzählung vergessen: «Leitlinien für einen offenen Umgang mit Daten öffentlichen Charakters aus der Verwaltung gegenüber Dritten werden eingeführt (Open Government Data)». Die Kommission **beantragt als Protokollbemerkung einstimmig, das Legislaturziel 2.3 zu ergänzen.**

**Fabian Reinhard:** Die FDP-Fraktion wird im Detail nicht auf einzelne Kommas eingehen. Sie informiert aber bereits jetzt, dass sie am Schluss der Beratung den Bericht und Antrag verschlanken möchte, das heisst, beim Beschluss zu Ziffer I, wo die 10 Mio. Franken aufgeführt werden, den Betrag aufzuschlüsseln, sodass nur noch die CDO-Stelle darin vorkommt. Der entsprechende Antrag wurde auch in der Kommission gestellt. Der Sprechende hofft, dass das möglich ist. Andernfalls müsste die Pause dafür benutzt werden.

**Ratspräsident Daniel Furrer** kommt auf die Protokollbemerkung auf Seite 2 zurück,

**das Legislaturziel 2.3 «Leitlinien für einen offenen Umgang mit Daten öffentlichen Charakters aus der Verwaltung gegenüber Dritten werden eingeführt (Open Government Data)», zu ergänzen.**

Er fragt, ob es zu diesem Antrag andere Meinungen oder einen Ablehnungsantrag gibt. – Er stellt fest, dass das nicht der Fall ist.

**Somit überweist der Grosse Stadtrat die Protokollbemerkung der GPK an den Stadtrat.**

*Seite 36 f. 4 Vision und Wirkungsziele sowie Jahresziele 2019 bis 2021*

**GPK-Präsidentin Luzia Vetterli:** Die Geschäftsprüfungskommission formulierte folgenden Auftrag:

**Der Stadtrat legt bis 2021 eine Vision vor, welche die Strategie und die Handlungsfelder der Smart City definiert.**

Details dazu wurden in der Motion festgelegt. Man muss diese zwei Sachen gemeinsam verstehen. Der Inhalt der Motion konkretisiert quasi die Fragestellungen, wie die Vision aussehen muss. Der Antrag wurde in der Geschäftsprüfungskommission einstimmig überwiesen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Somit überweist der Grosse Stadtrat den Auftrag der GPK an den Stadtrat.**

Seite 38 Wirkungsziel 1

**GPK-Präsidentin Luzia Vetterli:** Die Geschäftsprüfungskommission hat folgende Ergänzung in der Spalte «Jahr 2021», auf Seite 38, einstimmig als Protokollbemerkung überwiesen:

**«Die Prozesse sind angepasst und umgesetzt.»**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es dazu keine Wortmeldung.

**Somit überweist der Grosse Stadtrat die Protokollbemerkung der GPK an den Stadtrat.**

Seite 40 f. Wirkungsziel 3

**GPK-Präsidentin Luzia Vetterli:** Die Geschäftsprüfungskommission hat folgende Ergänzung zum Satz auf Seite 40 «Im Vordergrund stehen dabei die Bereiche Mobilität, Umwelt und Energie»

**«und die Partizipation der Bevölkerung»**

einstimmig als Protokollbemerkung überwiesen.

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Somit überweist der Grosse Stadtrat die Protokollbemerkung der GPK an den Stadtrat.**

Seite 43 f. Wirkungsziel 6

**GPK-Präsidentin Luzia Vetterli:** Die Geschäftsprüfungskommission hat bei der Definition des Wirkungsziels 6 folgende Protokollbemerkung einstimmig überwiesen:

**«die wichtigsten Anspruchsgruppen» sollen durch «alle Anspruchsgruppen» ersetzt werden.**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Somit überweist der Grosse Stadtrat die Protokollbemerkung der GPK an den Stadtrat.**

Seite 60 f. 6.2.1 Aufgaben, Verantwortlichkeiten, Kompetenzen

**GPK-Präsidentin Luzia Vetterli:** Die GPK hat folgenden Ergänzungssatz zum zweitobersten Punkt auf Seite 61 mit 4 : 3 : 4 Stimmen als Protokollbemerkung überwiesen:

**«Insbesondere sollen sowohl der technische Bereich wie auch der juristische Bereich abgedeckt werden.»**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Somit überweist der Grosse Stadtrat die Protokollbemerkung der GPK an den Stadtrat.**

**Jules Gut:** Die GLP-Fraktion machte sich für eine Rückweisung des Berichts und Antrags stark. Nun wurde auf den Bericht und Antrag eingetreten. Die Fraktion ist der Ansicht, dass die drei Stellen, welche hier aufgeführt sind beziehungsweise etwas weiter hinten (Seite 76) im Paket mit 4,906 Mio. Franken zusammengefasst werden, sinnvoll und richtig sind. Die GLP-Fraktion wird – dies zur Information – am Schluss einen Antrag stellen, die 4,906 Mio. Franken zu bewilligen und alles andere abzulehnen.

S. 87 f. 12 Antrag und Beschluss

**Fabian Reinhard's** Frage bezieht sich auf den auf Seite 87 aufgeführten Nachtragskredit in der Erfolgsrechnung (155'000.– Franken) bzw. in der Investitionsrechnung (185'000.– Franken). Die Frage wurde auch schon in der Kommission gestellt, aber die Antwort fiel noch nicht zufriedenstellend aus. Der Sprechende bittet, nochmals zu erklären, was diese zwei Posten beinhalten.

**Stadtpräsident Beat Züsli:** Das sind Kosten, die im laufenden Jahr, im 2019, in diesen Teilbereichen bereits eingeplant sind. Es sind anteilmässige Kosten, die so nicht budgetiert worden waren. Der Stadtrat möchte möglichst schnell mit den Arbeiten beginnen. Es sind Teilbereiche, die auch in den Jahren 2020 und 2021 weiterlaufen.

**Fabian Reinhard** von der FDP-Fraktion hakt nach und fragt, was die zwei Posten inhaltlich ausmachen. Diese Frage wurde immer noch nicht beantwortet.

**Jules Gut** von der GLP-Fraktion stellt, wie angekündigt, den Antrag, bei Ziffer I den Sonderkredit von 10,583 Mio. Franken auf 4,906 Mio. Franken zu kürzen. Das betrifft die gesamten Personalkosten Fachstelle Digitales, die auf Seite 76 aufgeführt sind: Stelle CDO, Stelle Datensicherheit und Stelle Businessprojektleitung.

**Fabian Reinhard** von der FDP-Fraktion stellt, wie angekündigt, ebenfalls Kürzungs- und Ablehnungsanträge:

- I: die Fraktion will nur die Stelle des CDO unterstützen, damit die kompetente CDO eine entsprechende Strategie erarbeiten kann.
- II: die Fraktion will die Stelle der Stadtentwicklung streichen. Nach Ansicht der FDP-Fraktion ist diese sachfremd.
- III: die Fraktion will die Stelle der Juristin streichen. Öffentliche Beschaffungen sind sehr komplex. Das ist anerkannt. Auch in der IT-Branche sind sie komplex. Aber man macht sie nicht besser mit mehr Juristen.
- IV: die Fraktion wird diesen Punkt bewilligen. Die Stadtverwaltung braucht eine bessere Infrastruktur, damit sie effizient arbeiten kann.
- V: die Fraktion lehnt diesen Punkt ab, weil auch auf Nachfrage nicht gesagt werden konnte, für was die 155'000.– Franken benötigt werden. Es ist erschreckend, dass das Parlament keine Auskunft erhält, für was das Geld konkret eingesetzt werden soll.

- VI: die Fraktion lehnt auch diesen Punkt ab, weil auch hier auf Nachfrage keine Antwort, für was die 185'000.– Franken eingesetzt werden, gegeben werden konnte.
- VII: die Fraktion wird auch diesen Punkt ablehnen.

Auch **Albert Schwarzenbach** stellt, wie beim Eintreten bereits angekündigt, einen Antrag zu Ziffer II. Stadtpräsident Beat Züsli informierte heute zwar, dass bei der Stadtentwicklung ein Manko besteht. Das hat die CVP-Fraktion in diesem Zusammenhang aber nicht überzeugt. Vor allem kann sie sich immer noch nicht vorstellen, welche Arbeiten die Stelle genau machen sollte. Die Fraktion ist der Ansicht, dass wenn das Bedürfnis wirklich aufkommen sollte, man zu einem späteren Zeitpunkt, zum Beispiel im Jahr 2020 oder 2021, wieder auf das Thema eingehen könnte.

**Stadtpräsident Beat Züsli** bezieht sich auf die angesprochenen Anteile, die im Jahr 2019 aufgeführt wurden. Es betrifft drei Bereiche, nämlich Work Smart, Open Government Data und Smart City. Bei diesen gibt es entsprechende Teilbereiche, die schon im 2019 Mittel erfordern, um auf die Projekte einsteigen zu können. Es ist der Teil, der, wie bereits erwähnt, auch in der Folge weitergeht. Hier ist nur der Anteil für das Jahr 2019 abgebildet.

**Fabian Reinhard:** Die FDP-Fraktion und insbesondere der Sprechende sind inhaltlich nicht gegen Open Government Data. Die Fraktion unterstützte seinerzeit das überwiesene Postulat. Es muss aber überzeugend begründet sein, wenn man im Parlament Geld ausgibt. Man muss sehen, für was genau das Geld gebraucht wird. Dann ist die Fraktion natürlich bereit, Mittel zu sprechen.

*Seite 88 Antrag und Beschluss*

I.

**Ratspräsident Daniel Furrer:** Es gibt zwei Anträge:

Gemäss Antrag der FDP-Fraktion soll lediglich die CDO-Stelle beschlossen werden. Das wären 2,071 Mio. Franken statt die auf Seite 88 aufgeführten 10'583'700.- Franken.

Gemäss Antrag der GLP-Fraktion sollen anstatt der 10'583'700.– Franken nur 4,906 Mio. Franken beschlossen werden.

**In der Gegenüberstellung des Antrags der FDP-Fraktion und des Antrags der GLP-Fraktion obsiegt der Antrag der GLP-Fraktion.**

**In der Gegenüberstellung des Antrags der GLP-Fraktion und des Antrags des Stadtrates obsiegt die Version des Stadtrates:**

**Ziffer I wird in der vorliegenden Form mit 27 : 19 : 0 Stimmen bewilligt.**

**II. Der Sonderkredit für die Stelle Stadtentwicklung wird mit 19 : 26 : 1 Stimmen abgelehnt.**

**III. Der Sonderkredit für die Stelle Juristin/Jurist Stab Finanzdirektion wird mit  
26 : 19 : 1 Stimmen bewilligt.**

**IV. Der Sonderkredit für das Projekt «Bedarfsgerechtes WLAN Stadt Luzern» wird mit  
38 : 7 : 1 Stimmen bewilligt.**

**Christian Hochstrasser** von der G/JG-Fraktion bezieht sich auf Fabian Reinhard's Votum zu den Ziffern V–VII. Die Mitglieder des Grossen Stadtrates haben soeben Ziffer I, III und IV bewilligt. Mit Bewilligung der Ziffern V–VII könnten die Arbeiten bereits in diesem Jahr begonnen werden. Falls die Ziffern V–VII abgelehnt werden, bedeutet das, dass man ein halbes Jahr warten muss, bis mit den Arbeiten begonnen werden kann, weil man für das Jahr 2019 keinen Kredit in der Erfolgs- und Investitionsrechnung hat.

**Sonja Döbeli Stirnemann** präzisiert: Selbstverständlich kann mit den Arbeiten begonnen werden. Es muss einfach innerhalb des Globalbudgets kompensiert werden.

**V. Der Nachtragskredit von 155'000 Franken (Erfolgsrechnung) wird bewilligt.**

**VI. Der Nachtragskredit von 185'000 Franken (Investitionsrechnung) wird bewilligt.**

**VII. Der Nachtragskredit für die befristete Stelle Kommunikation wird bewilligt.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 1/2019 vom 22. Januar 2019 betreffend

**Stadt Luzern digital: Digitalstrategie der Stadt Luzern  
Vision, Wirkungs- und Jahresziele  
Roadmap Digitales 2019 bis 2021  
Organisation,**

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von § 14 Abs. 1 und § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 29 Abs. 1 lit. b, Art. 68 lit. b Ziff. 2 und Art. 69 lit. a Ziff. 2 und lit. b Ziff. 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

**beschliesst:**

- I. Für die Umsetzung der Digitalstrategie der Stadt Luzern wird ein Sonderkredit von Fr. 10'583'700.– bewilligt.
- II. Für die Stelle Stadtentwicklung (Stellen-ID-Nummer offen) per 1. Januar 2020 wird der Sonderkredit von Fr. 945'000.– abgelehnt.
- III. Für die Stelle Juristin/Jurist Stab Finanzdirektion (Stellen-ID-Nummer offen) per 1. Januar 2020 wird ein Sonderkredit von Fr. 945'000.– bewilligt.
- IV. Für das Projekt «Bedarfsgerechtes WLAN Stadt Luzern» wird ein Sonderkredit von Fr. 1'733'800.– bewilligt.
- V. Für die Projektkosten 2019 im Rahmen der Umsetzung der Digitalstrategie in der Erfolgsrechnung wird ein Nachtragskredit von Fr. 155'000.– (Konto 3130.05 Projekte, KTR 3108301) bewilligt.
- VI. Für die Projektkosten 2019 im Rahmen der Umsetzung der Digitalstrategie in der Investitionsrechnung wird ein Nachtragskredit von Fr. 185'000.– (Konto 5060.03, I310001.19) bewilligt.
- VII. Für die befristete Stelle Kommunikation in der Erfolgsrechnung wird ein Nachtragskredit von Fr. 30'000.– (Konto 3010.div. Personalaufwand, KTR 1118501) bewilligt.
- VIII. Die Beschlüsse gemäss den Ziffern I bis IV unterliegen je einzeln dem fakultativen Referendum.

**6 Motion 276, Luzia Vetterli namens der Geschäftsprüfungskommission vom 1. März 2019:  
Vision und Strategie Smart City Luzern**

**Der Stadtrat nimmt die Motion entgegen.**

Aus dem Grossen Stadtrat gibt es keine Wortmeldung.

**Der Grosse Stadtrat überweist die Motion 276.**

- **Dringliche Interpellation 285, Noëlle Bucher und Christov Rolla namens der G/JG-Fraktion vom 23. April 2019: «Wie geht die Stadt Luzern beim Bau von 5G-Antennen vor?»**

**Noëlle Bucher** beantragt Diskussion.

**Der Grosse Stadtrat stimmt dem Antrag zu.**

**Noëlle Bucher** bedankt sich beim Stadtrat für die sehr spannende Antwort und insbesondere auch für die vorgängigen Erläuterungen, welche bereits einige Fragezeichen lösen konnten.

Der G/JG-Fraktion ist die Digitalisierung ein grosses Anliegen, darum will sie sich dem technologischen Fortschritt auch nicht verschliessen. Doch um welchen Preis? Während die Sprechende noch nachvollziehen kann, dass bei selbstfahrenden Autos jede Millisekunde zählt, um die nötigen Signale zu beziehen, stellen sich der Fraktion an anderen Orten Fragezeichen. Müssen wir wirklich ganze Kinofilme in wenigen Sekunden herunterladen können? So bliebe uns nicht einmal mehr die Zeit, in der Mikrowelle verstrahlte Popcorns aufzuwärmen. Ganz ernsthaft: Sind wir darauf angewiesen, dass der Kühlschrank automatisch eine Bestellung macht, wenn die letzte Flasche Milch geöffnet wurde, dass mir mein «Güselkübel» ein SMS schreibt, wenn er stinkt und geleert werden möchte, dass sämtliche digitalen Vernetzungsträume der Silicon-Valley-Visionäre Realität werden? Wir lassen uns auf ein Experiment mit unklaren Folgen ein. Was die Auswirkungen auf die Gesundheit sind, wissen wir noch nicht. Dieser Umstand hat in den Kantonen Waadt, Genf und Jura dazu geführt, dass der Bau neuer Antennen sistiert wurde. Die gesundheitlichen Risiken sind aber nicht Gegenstand dieser heutigen Interpellation. Die Sprechende ist froh, dass in der Stadt Luzern, so wie sie es in der Antwort des Stadtrates entnehmen konnte, Bagatelländerungen nicht mehr zugelassen werden, bis alle offenen Vollzugsfragen geklärt sind. Dass die Umrüstung des Standortes Universität, wo sich viele Leute während längerer Zeit aufhalten, im Rahmen einer Bagatelländerung abgewickelt wurde, ist sicher nicht im Sinn der G/JG-Fraktion. Die Sprechende geht aber davon aus, dass umgehend interveniert wird, sollte eine Überschreitung der NIS-Grenzwerte nachgewiesen werden können. Mit der Interpellation soll nicht eine Grundsatzdiskussion lanciert werden. Die G/JG-Fraktion ist eine Befürworterin des technologischen Fortschritts und gleichzeitig ist sie Vertreterin der sich sorgenden Bevölkerung. Deshalb will sie kritisch hinschauen und auch nachfragen, mit dem Ziel, dass bei der Bewilligung von 5G-Antennen, die sowieso gebaut werden, mit Bedacht und Sorgfalt vorgegangen wird.

**Adrian Albisser** von der SP/JUSO-Fraktion bedankt sich bei der Interpellantin und dem Interpellanten für die Fragen und beim Stadtrat für seine Antwort. Das Thema sorgt im Moment für viel Verunsicherung, weil es sehr schnell sehr grundlegend wird. Vor rund 1 ½ Jahren reichte der Sprechende zusammen mit Christian Hochstrasser eine schriftliche Anfrage zu einer ähnlichen Frage ein. In der Diskussion mit Leuten merkt man, dass 5G tatsächlich als Schreckensgespenst herumgeistert. Fakt ist, dass man in der Schweiz an Grenzwerte gebunden ist, welche im europäischen Vergleich zehnmal tiefer sind. Es wird mit dem Ausbau auf 5G eine leichte Verschiebung in den Frequenzbändern (3,6 GHz) geben. Wenn die Technologie aber richtig angewendet wird, sollte mit 5G weniger Störverkehr in der elektromagnetischen Strahlung auftauchen. Insofern ist die Fraktion

froh um die stadträtlichen Antworten, welche einiges klären. Man soll, das ist auch im Sinn der SP/JUSO-Fraktion, die Bagatellverfahren im Moment aussetzen und die Bewilligungen ordentlich durchführen, wenn es um Antennen geht. Was im Zusammenhang mit dem «Internet der Dinge» tatsächlich auf die Gesellschaft zukommen wird, Noëlle Bucher sprach es vorhin an, kann man positiv oder negativ beurteilen. Verschliessen sollte man sich dieser Entwicklung nicht. Sie wird, vorhin wurde von Smart City und Digitalisierung gesprochen, tatsächlich Errungenschaften bringen, die uns allen wahrscheinlich den Alltag erleichtern werden.

Auch **Jules Gut** bedankt sich seitens GLP-Fraktion für den Vorstoss. Die Diskussion ist sehr wichtig und er dankt auch ausdrücklich für die aus seiner Sicht sehr gute und fachliche Beantwortung seitens Verwaltung. Trotzdem hat der Sprechende ein grosses Anliegen. Er findet es nicht korrekt, wenn Noëlle Bucher sagt, dass das Ganze ein Experiment sei. Es ist kein Experiment, es ist Physik.

**Fabian Reinhard** dankt für die Interpellation, für die sehr gute stadträtliche Antwort und die sehr guten Voten, die man nun bereits gehört hat und fügt etwas zur rechtlichen Situation an: Ihm ist bewusst, dass es nicht um ein Moratorium geht. Aber falls einmal die Idee eines Moratoriums aufkommen sollte, muss man darauf hinweisen, dass zwei Bundesämter, nämlich das BAFU und das BAKOM, sehr deutlich sagten, dass Strahlenschutz ein Thema des Bundes und kein Thema der Kantone und Gemeinden ist. Es geht um Bundesrecht. Wenn eine Gemeinde oder ein Kanton ein Moratorium gegen 5G machen würde, wäre das rechtlich nicht zulässig.

**Michael Zeier-Rast** bedankt sich für die Interpellation und die stadträtliche Antwort. Wie die Vorrednerinnen und Vorredner bereits sagten, geht die Schweiz mit diesem Thema sehr bedacht um. Noëlle Bucher sprach etwas Entscheidendes zum Thema 5G an: Wir müssen lernen, und das ist auch bezogen auf das vorangegangene Traktandum, mit allen neuen Möglichkeiten umzugehen. 5G würde Sachen zulassen, die in die Absurdität führen. Noëlle Bucher sprach die Silicon-Valley-Träume an. Interessanterweise, viele haben wahrscheinlich den Artikel in der Luzerner Zeitung gelesen, schicken die CEOs und die Vordenker des Silicon-Valleys ihre Kinder in den Wald, damit sie überlebensfähig werden.

**Die Dringliche Interpellation 285 ist somit erledigt.**

- **Dringliche Interpellation 286, Christian Hochstrasser, Irina Studhalter und Mirjam Landwehr namens der G/JG-Fraktion vom 24. April 2019: «Änderung K 13 Fluhmühle»**

**Irina Studhalter:** Die G/JG-Fraktion findet erstens, dass das, was bei der Fluhmühlebrücke passiert, eine Salamtaktik ist. Wenn die Spange Nord kommen sollte, kann man sagen, es ist alles be-

reits da. Das findet die Fraktion problematisch. Zweitens ist die Veränderung, der Umbau, ein Eingriff in das Quartier, was die Fraktion auch stört. Die Fraktion findet es drittens mutlos vom Stadtrat, dass er die Veränderung so kritiklos zulässt.

**Die Dringliche Interpellation 286 ist somit erledigt.**

**7 Bericht und Antrag 9/2019 vom 20. Februar 2019:  
Schulhaus Littau Dorf: Gesamtsanierung und Erweiterung;  
Sonderkredit für den Wettbewerb und die Projektierung**

EINTRETEN

**Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla:** Die Bildungskommission des Grossen Stadtrates hat an ihrer Sitzung vom 4. April 2019 den B+A 9/2019 «Schulhaus Littau Dorf: Gesamtsanierung und Erweiterung; Sonderkredit für den Wettbewerb und die Projektierung» beraten und verabschiedet. Die Schulanlage Littau Dorf soll in den Jahren 2023–2025 saniert und erweitert werden. Um einen Architekturwettbewerb durchführen zu können und die Gesamtsanierung und Erweiterung der Schulanlage planen zu können, beantragt der Stadtrat beim Parlament einen Sonderkredit von 2,65 Mio. Franken. Aufgrund der hohen Wohnbautätigkeit in Littau wird in den nächsten Jahren mit einem beträchtlichen Anstieg der Schülerzahlen gerechnet. Auf diese Entwicklung reagiert der Stadtrat unter anderem mit dem Neubau des Schulhauses Staffeln sowie der Gesamtsanierung und Erweiterung der Schulanlagen Rönningmoos und Littau Dorf. Im Einzugsgebiet der Schulanlage Littau Dorf sind die Bautätigkeiten in den Gebieten Littauerboden, Niedermatt, Neuhushof, Grossmatte West sowie die Planung im Gebiet Littau West dafür verantwortlich, dass die Schülerzahlen von derzeit rund 420 auf 580 im Schuljahr 2025 steigen werden. Es muss deshalb in der Schulanlage Raum für fünf zusätzliche Primarschul- und zwei neue Kindergartenabteilungen geschaffen werden. Zu berücksichtigen ist auch der Bedarf an Räumen und Infrastrukturen für die schulergänzenden Betreuungsangebote. Der Stadtrat will im ersten Halbjahr 2020 einen Architekturwettbewerb ausschreiben. Um den Wettbewerb durchführen und das Bauprojekt mit Kostenrechnung für die Gesamtsanierung und für die Ergänzungsneubauten inklusive Dreifachturnhalle planen zu können, beantragt der Stadtrat einen Sonderkredit von 2,65 Mio. Franken. Der Stadtrat rechnet zum heutigen Zeitpunkt mit Investitionskosten von rund 40 Mio. Franken. Der Baubeginn ist auf Frühling 2023 geplant, damit die neuen Gebäude ab Juli 2024 schrittweise bezogen werden können. Anschliessend sollen die Trakte A und B saniert werden. Gleichzeitig mit der Sanierung der beiden Trakte soll das bestehende Naturrasenspielfeld durch einen Kunstrasen ersetzt werden, damit der Platz häufiger benutzt werden kann. Mit dem Abschluss der Bauarbeiten ist frühestens im Jahr 2025 zu rechnen.

Der dringliche Sanierungs- und Erweiterungsbedarf der Schulanlage Littau Dorf war in der Bildungskommission unumstritten. Die Höhe der Versorgungsquote, die schulergänzende Betreuung sowie die Sanierung anstelle eines Neubaus von Trakt B führten zu einer breiten Diskussion. Im

Hinblick auf allfällige politische Entscheide für eine Tagesschule und im Hinblick auf mögliche Bedürfnisse der zahlreichen zu erwartenden Neunutzer, sind die Mitglieder der Bildungskommission grossmehrheitlich einig, dass eine Versorgungsquote von 60 Prozent anstelle von 40 Prozent anzustreben ist. Damit wird auch dem künftigen Raumbedarf Rechnung getragen. Um allfällige Reduktionen der Spiel- und Rasenflächen zu vermeiden, sprach sich die Bildungskommission dafür aus, eine Entlassung des Trakts B aus dem Inventar erhaltenswerter Bauten zu prüfen. Für den Trakt B soll alternativ zur Sanierung auch eine Neubaulösung in die Wettbewerbsausschreibung aufgenommen werden. Weiter wurden die Mitglieder der Bildungskommission detailliert über die Schadstoffproblematik im Trakt B informiert. Da die Messwerte insbesondere in Bezug auf den Schadstoff Naphthalin im Trakt B seit Längerem unter den offiziellen Eingriffswerten liegen (im Unterschied zum Schulhaus Grenzhof), lassen die vorliegenden Gesamtumstände eine erfolgreiche und in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit verhältnismässige Sanierung des Trakts B zu. Die Bildungskommission beantragt dem Grossen Stadtrat einstimmig, dem Sonderkredit für den Wettbewerb und die Projektierung für das Schulhaus Littau Dorf zuzustimmen.

**Adrian Albisser:** Es handelt sich um ein 100-jähriges Schulhaus. Das Schulhaus Littau Dorf ist eine prägende und wichtige Institution für das Dorf und für diesen Stadtteil. Innerhalb von 60 Jahren, zwischen 1923 und 1983, ist diese Anlage mit mehreren Provisorien und Pavillons erweitert worden. Man hat quasi den Raumbedürfnissen nachgelebt und sie so ergänzt. Deshalb ist es begrüssenswert und auch wichtig, dass man jetzt mit einem Architekturwettbewerb zu einer Gesamtschau kommen will. Es gibt einige Herausforderungen: Littau Dorf steht vor einer Umwälzung, auch in der Wohnraumsituation. Ein Drittel der prognostizierten Schüler wohnt noch gar nicht dort. Damit das Quartier für Familien attraktiv ist und bleibt, muss der Schulraum so zur Verfügung gestellt werden, dass sich Familien überlegen, dorthin zu ziehen und sie entsprechend auch Platz finden. Das attraktive Schulraumangebot kann nur dann entstehen, wenn man mittels Architekturwettbewerb das Gesamte betrachtet und entsprechend dazu kommt, eine Sanierung und eine Erneuerung gleichzeitig zu vollziehen, wie das Lisa Zanolla vorhin erklärte. Trakt B ist im Inventar erhaltenswerter Bauten eingetragen, das ist eine weitere Herausforderung, es wurde angetönt. Gleichzeitig besteht die Problematik mit Naphthalin. Man könnte fast glauben, dass dieser Schadstoff ein ständiger Begleiter in der Schulraumsanierung ist. Das Thema kommt in den letzten Jahren immer wieder auf den Tisch. Die Baudirektion konnte der Bildungskommission aber glaubhaft versichern und begründen, dass diese Schadstoffquelle im Trakt B gut lokalisiert ist und bei einer allfälligen Sanierung eliminiert werden kann. Die Fassade, die zum Teil von aussen betrachtet eher auf Widerstand stösst, würde im Rahmen dieser Sanierung auch erneuert, verbessert und entsprechend attraktiver gestaltet werden können. Deshalb ist die SP/JUSO-Fraktion in der Gesamtabwägung dazu gekommen (in der Kommission wurde dazu noch eine Enthaltung ausgesprochen), diese Protokollbemerkung nicht zu unterstützen. Sie möchte tatsächlich versuchen, den Trakt B so zu erhalten und zu sanieren. Die künftige Raumkonzeption des ganzen Schulhauses, eine Gruppierung der Schulzimmer, soll analog zum Schulhaus Staffeln angestrebt werden. Es ist das Konzept der kleinen Schule in der grossen Schule: Man gruppiert vier bis sechs Schulzimmer quasi zusammen und stellt so auch Gruppenräume zur Verfügung. Das ermöglicht eine polyvalente Nutzung und ist im Gegensatz zum klassischen Schulzimmer-Gang-Konzept vielleicht etwas offener. Dieses Konzept

wird hoffentlich auch in den nächsten zehn bis dreissig Jahren der Didaktik/Pädagogik entsprechen. Sehr wichtig erscheint der SP/JUSO-Fraktion auch, dass die schulischen Dienste, die bis jetzt dezentral verteilt waren, zusammenkommen. Das stärkt den Schulbetrieb, vereinfacht die Wege und Abläufe und wird wahrscheinlich auch Auswirkungen auf den Schulalltag der Kinder haben, weil sie die Angebote vor Ort finden. Ein weiteres Plus im Zusammenhang mit der Gesamtanierung ist die geplante Dreifachturnhalle, welche über die Schule hinaus, für den ganzen Ortsteil, strahlen wird. Die Vereinslandschaft wird davon profitieren und die Halle wird wahrscheinlich zu sportlichen Tätigkeiten animieren. Die Kommission, es wurde gesagt, diskutierte auch über die Betreuungsquote. Aktuell liegt die Betreuungsquote im Schulhaus Littau Dorf bei 22 Prozent. Vorgesprochen war, auf 40 Prozent zu erhöhen. Das kam der Kommission etwas zu wenig weitsichtig vor. Die SP/JUSO-Fraktion stellte in der Kommission die Protokollbemerkung, die Betreuungsquote auf 60 Prozent zu erhöhen und ist sehr froh, dass diese überwiesen wurde. Entsprechend wollte die Fraktion auch die Wettbewerbsausschreibung so anpassen, dass man von den Architekturbüros und -teams eine modulare Eingabe verlangt, welche auch eventuell kommende Tagesschulstrukturen mit den damit verbundenen anderen Raumbedürfnissen in die Überlegungen miteinbezieht. Der vorliegende Bericht und Antrag schlägt einen Sonderkredit von 2,65 Mio. Franken vor. Wegen dem Architekturwettbewerb liegt der Betrag etwas höher. Der Wettbewerb ist aber sinnvoll. Die Prognose von 40 Mio. Franken für die Sanierung ist eine Schätzung, welche die Fraktion als realistisch betrachtet. Es ist viel Geld, aber es ist sehr gut investiertes Geld, weil in diesem Stadtteil eine Entwicklung ansteht, die recht erfreuen wird, wenn der Wohnraum tatsächlich besetzt wird und das Schulhaus in einer neuen Form erstrahlen kann. Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich für den Bericht und Antrag, tritt auf ihn ein und stimmt ihm zu.

**Marco Baumann:** Die FDP-Fraktion bedankt sich für den gut ausgearbeiteten Bericht und Antrag zur Gesamtanierung und Erweiterung der Schulanlage Littau Dorf. Für die Fraktion ist unbestritten, dass das Schulhaus Littau Dorf erneuert werden muss. Die Ausgangslage wurde von Adrian Albisser gut dargestellt. Deshalb verzichtet der Sprechende auf eine Wiederholung. Die Notwendigkeit einer Gesamtanierung und einer Modernisierung ist klar gegeben, damit der zukünftigen Generation ein ansprechender Schulraum zur Verfügung gestellt werden kann. Der Bericht und Antrag behandelt in den Augen der Fraktion alle wichtigen Aspekte und zeigt gut auf, wie das Schulhaus Littau Dorf in Zukunft die Anforderungen an ein modernes Schulhaus erfüllen kann. Sehr erfreulich ist der Bau der Dreifachturnhalle. Die Halle kann in Zukunft vor allem auch von Littauer Vereinen genutzt werden. Die FDP-Fraktion wird die Protokollbemerkungen, welche in der Bildungskommission gutgeheissen wurden, unterstützen. Das Schulhaus soll auf mögliche zukünftige Entscheide des Grossstadtrates vorbereitet sein und es soll optimal genutzt werden können. Die FDP-Fraktion tritt deshalb auf den Bericht und Antrag ein.

**Peter Gmür:** Es wurde in den vorangegangenen Voten bereits viel gesagt. Die CVP-Fraktion ist grundsätzlich mit dem Bericht und Antrag einverstanden und unterstützt den Stadtrat, damit das Schulhaus den neuen Gegebenheiten angepasst werden kann. Littau wächst sehr stark. Die Fraktion hofft innig, dass die Wohnungen besetzt werden, aber nicht in Form eines politischen Statements, sondern auf ehrliche Art und Weise. Der Betreuungskoeffizient, es wurde gesagt, liegt zurzeit bei 22 Prozent. Die Kommission beschloss, diesen auf 60 Prozent anzuheben. Das ist eine

Verdreifachung. Die CVP-Fraktion ist selbstverständlich der Meinung, dass das richtig ist. Deshalb stimmt sie der Protokollbemerkung zu. Die CVP-Fraktion tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt ihm zu.

**Marcel Lingg:** Der Bericht und Antrag erinnert von der Ausgangslage her an den Bericht und Antrag zur Schulhaussanierung St. Karli, der vor gut einem Jahr hier im Ratssaal beraten wurde. Beide Schulhäuser verfügen über einen markanten historischen Bau. Die Grundsubstanz dieser Bauten, das Schulhaus Littau Dorf ist aus dem Jahr 1928, darf nicht angetastet werden, hinter dieser Entscheidung steht die SVP-Fraktion, auch wenn im Vergleich zu einem Schulhausneubau die heutigen schulischen Bedürfnisse nicht eins zu eins umgesetzt werden können. Beim Schulhaus St. Karli wählte man das Vorgehen, dass man den markanten Hauptbau bestehen lässt, aber rund herum etwas offener für Änderungen ist. Man beschloss zum Beispiel den Abbruch der Ergänzungsturnhalle und einen Neubau. Der Perimeter wurde etwas geöffnet. Die Resultate aus dem Wettbewerb zum Schulhaus St. Karli kann man im Stadthaus besichtigen. Die Bildungskommission hat sie gesehen. Die Projekte sind sehr interessant, zum Teil futuristisch und visionär. Am Schluss gewann aber das vielleicht konservativste Wettbewerbsprojekt zum St. Karlischulhaus. Beim Schulhaus Littau Dorf geht es um ähnliches. Die SVP-Fraktion will, dass man bei diesem den Fächer etwas öffnet, damit die Planer, die am Wettbewerb teilnehmen, mehr Gestaltungsfreiraum haben. In dem Sinn sieht es die SVP-Fraktion positiv, dass auch der Stadtrat gemäss Bericht und Antrag bereit ist, die zwei Turnhallentrakte aus dem Inventar erhaltenswerter Bauten herauszulösen und so den Planern die Möglichkeit gibt, komplett etwas Neues zu gestalten. Diese Variante hat leider einen kleinen Nachteil: Es könnte passieren, dass durch die Erweiterung der Turnhalle Platz bei der Spiel-, Rasen- und Hartplatzfläche verloren geht. Für die Schüler ist das negativ. Es ist klar, Sport- und Freizeitflächen, auch im Aussenbereich, sollten erhalten bleiben. Um Freiflächen im Aussenbereich erhalten zu können, ist die SVP-Fraktion der Ansicht, sollte der Fächer nicht nur für den Abriss der Turnhallen, sondern auch für den Trakt B geöffnet werden. Man sollte den Planern die Möglichkeit geben, möglichen Freiflächenverlust zu verhindern, indem sie auch Trakt B neugestalten können. Die SVP-Fraktion unterstützt die überwiesene Protokollbemerkung der Bildungskommission. Es soll geprüft werden, Trakt B aus dem Inventar schützenswerter Bauten herauszunehmen, mit dem Ziel, für das gesamte Schulhaus Littau Dorf schlussendlich etwas Besseres erreichen zu können als einen Bau, der auf dem beschränkten Platz der heutigen Turnhallen hineingepfercht wird, und der vielleicht in ein paar Jahren oder Jahrzehnten platzmässig bereits nicht mehr ausreicht. Die SVP-Fraktion wird sich zu dieser wie auch zur Protokollbemerkung über das Betreuungsangebot im Detail nochmals äussern. Unabhängig davon, ob die Protokollbemerkung der Bildungskommission überwiesen wird, wird die SVP-Fraktion dem Projektierungskredit zustimmen.

**Judith Wyrtsch** von der GLP-Fraktion bedankt sich für den Bericht und Antrag. Es ist fraglos ein wichtiger Schritt, die Schulhausentwicklung voranzutreiben, auch vor dem Hintergrund hoher Bautätigkeit. Es wurde gesagt, man wisse noch nicht, wie es sich entwickeln wird, wie die Neubauten tatsächlich belebt werden. Sicher aber ist, dass das Schulhaus Littau Dorf eine Zentrumsfunktion übernehmen wird, welche für den Zusammenhalt des Quartiers und für das Raumprogramm in Littau wichtig ist. Die GLP-Fraktion begrüsst, dass die Denkmalpflege, anders als beim Schulhaus Grenzhof, schon in einem frühen Stadium beigezogen wurde. Die Fraktion glaubt aber, dass man

mit dem sehr guten Bau, der dort steht, ein sehr gutes Ensemble zustande bringt, dass es Architekten gibt, die mit dem Trakt B umgehen können. Nicht sehr glücklich ist die Fraktion über das Raumprogramm. Steter Tropfen höhlt den Stein, es scheint ein wenig die Aufgabe der GLP-Fraktion zu sein oder sie wird zumindest von ihr übernommen: Das Raumprogramm bezüglich Betreuungssituation wird ihres Erachtens stiefmütterlich behandelt. Ein Aufenthaltsraum von 200 m<sup>2</sup> Fläche für angedachte 580 Schüler ist absolut nicht akzeptabel. Es gibt eine Protokollbemerkung zur Betreuungsquote, davon wurde berichtet. Die GLP-Fraktion möchte die Betreuungsquote aber erhöhen und stellt deshalb eine weitere Protokollbemerkung. Die Tagesschulthematik, wie auch immer sie sich entwickelt, ist der Grund dafür, es ist ein dynamischer Prozess. Welches Tagesschulmodell schlussendlich obsiegt, ist zum jetzigen Zeitpunkt gar noch nicht so wichtig. Die GLP-Fraktion möchte aber die Dynamik, was die Betreuungssituation anbelangt, in diesem Prozess spüren. Diese Dynamik spürt sie in diesem Bericht und Antrag nicht. Für die Betreuung braucht es Räumlichkeiten und selbstverständlich auch ein pädagogisches Konzept. Das soll mit dem geforderten Bericht ausgereift werden. Die GLP-Fraktion wird auf den Bericht und Antrag eintreten, aber wegen der Betreuung und dem Trakt B sicher auch noch Forderungen stellen.

**Christov Rolla** von den G/JG-Fraktion hat der Diskussion inhaltlich nicht mehr viel beizufügen, vieles wurde bereits gesagt. Littau wächst und wo ein Stadtteil wächst, wachsen in der Regel Menschen auf. Wer dort aufwächst, benötigt genug und guten und zeitgemässen Schulraum. Das nützt den Menschen, das nützt der Prosperität und das nützt letztlich der ganzen Stadt, da sind sich alle einig. Es ist übrigens mit ein Grund, weshalb der Sprechende immer so Freude an Schulhausthematen hat. Man kann sich ratsübergreifend mit bestem Gewissen einig sein. Alle finden, dass die zwar beträchtlichen Investitionen gut investiert sind. Deutlich weniger Freude beziehungsweise eher das Gegenteil hat der Sprechende an der Schadstoffthematik. Sie macht ihm insgesamt etwas Bauchweh, wenn er an die vielen öffentlichen Gebäude denkt, die noch aus Zeiten stammen, wo man entweder ahnungs- oder sorglos mit gesundheitsgefährdenden Materialien hantierte. In dem Punkt findet der Sprechende den Bericht besonders löblich, weil er diesen Aspekt offen, ehrlich und gründlich behandelt. Immerhin ist die Situation offenbar ungleich weniger bedenklich als beim Grenzhof. Auch sonst scheint der Fraktion der Bericht umsichtig. Das Raumprogramm scheint zeitgemäss und adäquat und auch die Projektziele werden von der G/JG-Fraktion unterstützt, mit Ausnahme der avisierten Versorgungsquote beziehungsweise jenes Teils des Raumprogramms, wo es um Betreuung/Tagesschulstrukturen geht. Aus diesem Grund unterstützt die G/JG-Fraktion die beiden diesbezüglichen Protokollbemerkungen der Bildungskommission vollumfänglich und hofft, dass sie vom Rat überwiesen werden. Bei der dritten Protokollbemerkung der Bildungskommission sieht die Situation etwas anders aus. Es ist völlig legitim und oft auch sinnvoll, über den Schutzwert beziehungsweise das Erhaltenswerte eines Gebäudes nachzudenken. Der Sprechende hätte sich persönlich die Überlegung auch beim Trakt B vorstellen können. Aber der Zeitpunkt scheint falsch zu sein. So eine offene Formulierung scheint recht unpraktikabel für den Wettbewerb. Hinzu kommt, dass die Mehrheit der Fraktion die Unterschutzstellung des Trakts B generell nicht in Frage stellen möchte. Deshalb lehnt die G/JG-Fraktion diese Protokollbemerkung zusammen mit dem Stadtrat ab. Die Fraktion dankt dem Stadtrat, tritt auf den Bericht und Antrag ein und stimmt dem Sonderkredit zu.

**Adrian Albisser** bezieht sich auf das Votum von Judith Wyrach, welche sagte, dass für die Betreuung 200 m<sup>2</sup> Fläche vorgesehen sei. Wenn man den Stadtratsbeschluss und auch den Bericht und Antrag liest, sieht man, dass für den gesamten Betreuungsbereich 449 m<sup>2</sup> vorgesehen sind. Geplant für Betreuung/Aufenthalt sind 200 m<sup>2</sup>, diese werden mit weiteren 200 m<sup>2</sup> ergänzt. Insgesamt ist es also eine Fläche von 400 m<sup>2</sup>.

**Baudirektorin Manuela Jost** bedankt sich für die Voten und die grundsätzliche Unterstützung des angedachten Vorgehens des Stadtrates zur Erweiterung und Sanierung des Schulhauses Littau Dorf. Es ist eine komplexe Ausgangslage: Es gibt inventarisierte Gebäude, komplexe Provisorien, die unterschiedlich genutzt werden, und es braucht mehr Platz und zeitgemässe Infrastruktur. Der Stadtrat setzte sich sehr detailliert mit diesem Projekt auseinander und führte frühzeitig intensive Diskussionen mit der Denkmalpflege und der Stadtbaukommission, vor allem bezüglich Erhalt gewisser inventarisierter Gebäude oder deren Entlassung aus dem Inventar erhaltenswerter Bauten. Man kam zum Schluss, der Stadtrat führt das auch im Stadtratsbeschluss aus, dass der Erhalt des Trakts B durchaus Sinn macht. Mit einem Neubau – man müsste dort wieder einen Solitärbau hinstellen – wird nicht mehr Volumen und auch nicht mehr Aussenfläche gewonnen. Und von der Raumanforderung her braucht es sowieso mehr Platz, selbst wenn die Dreifachturnhalle aufgestockt würde. Der von Marcel Lingg angesprochene Punkt der Aussenfläche ist dem Stadtrat aber sehr wichtig und wird im Wettbewerb auch eingegeben. Mit dem geplanten Bau einer Dreifachturnhalle kommt es ein wenig zu einer Verschiebung von outdoor auf indoor. Wenn man es aber geschickt anordnet, und da hofft der Stadtrat auf gute Ergebnisse, kann vielleicht auch die Fläche oberhalb der Dreifachturnhalle sinnvoll als Aussenfläche genutzt werden. Die Sprechende glaubt, dass es durchaus noch Möglichkeiten gibt. Wenn man den Stadtratsbeschluss zur Betreuungsthematik liest, sieht man schon eine gewisse Dynamik. Der Stadtrat möchte bezüglich der Erhöhung des Betreuungsangebots in diese Richtung gehen. Momentan hat es 420 Schüler. Eine Zahl, die, wie man rechnet, auf 580 Schüler ansteigen wird, denn in dieser Gegend wird es zukünftig 850 neue Wohnungen geben, zusätzlich zu den etwa 400 Wohnungen, die bereits gebaut oder in Planung sind. Das ist ein grosses Wachstum. Der Standort soll attraktiv sein und Adrian Albisser sagte zu recht, man ist attraktiv, wenn man ein zeitgemässes, gutes und breites Angebot an Betreuung hat. Der Stadtrat kann aber nicht bereits jetzt auf Vorrat Räumlichkeiten für eine Betreuung von 80 oder 100 Prozent bauen. Es ist wichtig, dass sich der Stadtrat im Wettbewerb aufzeigen lässt, wie die Schulanlage zusätzlich genutzt werden kann und wo Erweiterungsmöglichkeiten bestehen, wenn der Betreuungsbedarf zukünftig auf 80 Prozent ansteigen sollte. Der Stadtrat ist im Moment sehr wohl bereit, eine Erhöhung auf 60 Prozent einzuplanen. Die Schadstoffthematik bei der Schulanlage Littau Dorf ist zum Glück nicht mit dem Schulhaus Grenzhof vergleichbar. In den 60er/70er Jahren war das Teeröl ein beliebter Baustoff, ein Dämmungsmittel. Damals war man sich der Problematik dieses Baustoffes nicht bewusst. Vielleicht – so die Befürchtung – lösen in 50 Jahren heute verwendete Baustoffe Kopfschütteln aus. Wichtig ist, dass beim Trakt B mit den heute verfügbaren Kenntnissen eine komplette Sanierung erreicht werden kann. Das ist das Ziel des Stadtrates. Eine totale Sanierung scheint möglich, weil vor allem Randpartien betroffen sind und es relativ klar ist, um welche Teile es sich handelt. So wie es im Moment aussieht, wird dem Projektie-

rungskredit zugestimmt und der Stadtrat dankt dafür. Somit kann möglichst zeitgemäss und zeitgerecht auf den Weg gegangen werden, um in Littau eine gute und moderne Schulanlage realisieren zu können.

**Judith Wyrsch** bezieht sich auf die Aussage der Baudirektorin Manuela Jost, dass der Stadtrat nicht auf Vorrat bauen kann. Sie ist der Meinung, dass es nicht darum geht. Es geht vielmehr um Zahlen, Daten, Quadratmeter, es geht um Quartierentwicklung, um Statistiken und um Zukunftsvisionen. Da baut man nicht auf Vorrat, sondern man bezieht diese mit ein und berücksichtigt sie auch bei der Planung.

**Ratspräsident Daniel Furrer stellt fest, dass der Grosse Stadtrat auf den Bericht und Antrag eingetreten ist.**

DETAIL

S. 19 4.2.2 *Betreuung*

**Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla:** Die Bildungskommission beantragt einstimmig (9 : 0 : 0) folgende Protokollbemerkung:

**Im Schulbetrieb Littau Dorf wird die Versorgungsquote für die Betreuung auf 60 Prozent angesetzt.**

Zur Erläuterung sei gesagt, dass es ursprünglich zwei Protokollbemerkungen gab. Eine von der GLP-Fraktion über eine Betreuungsquote von 80 Prozent, welche nicht angenommen wurde, und eine, die obsiegende mit 7 : 2 . 0 Stimmen, über eine Betreuungsquote von 60 Prozent. Diese wurde schlussendlich einstimmig überwiesen.

**Judith Wyrsch:** Der Unterschied zwischen einer Betreuungsquote von 60 oder 80 Prozent scheint nicht so gross zu sein. Wenn man aber davon ausgeht, dass man tatsächlich das additive Tagesschulmodell oder auch das andere andenkten möchte, dann ist es mit einer 80-Prozent-Ausrichtung nach wie vor möglich, ein Tagesschulmodell zu realisieren, und zwar mit Doppelbelegungen, so wie das heute schon bei der 60-Prozent-Betreuungsquote angedacht ist. Für die GLP-Fraktion ist klar, dass die Betreuungsquote auf 80 Prozent erhöht werden muss. Deshalb beantragt sie folgende Protokollbemerkung:

**Im Schulbetrieb Littau Dorf wird die Versorgungsquote für die Betreuung auf 80 Prozent angesetzt.**

**Adrian Albisser:** Die Diskussion wurde effektiv in der Bildungskommission geführt. Mit der Aufstockung der geplanten 40 Prozent auf 60 Prozent hat man einen zusätzlichen Flächenbedarf von 200 m<sup>2</sup>. Das ist im Stadtratsbeschluss erklärt und dürfte rund 1 Mio. Franken Mehrkosten nach sich ziehen. Im Moment diskutiert man über Konzepte, was Tagesschulstrukturen bedeuten. Das kann so weit gehen, dass man sagt, es gibt über Mittag benutzbare Betreuungsflächen an Orten auf dem

Schulareal, die nicht explizit für die Versorgung, im Sinne einer Küche und Essensplätzen, vorgesehen sind. Man merkt, es ist nicht mehr so attraktiv, dass sich Kinder und Jugendliche 60 Minuten an einem solchen Ort aufhalten. Es braucht Spielangebote, es braucht eine Aula, es braucht eine Bibliothek, es braucht Freiflächen, es braucht allenfalls Turnhallen. Insofern weiss man nicht, welche Art von Betreuungsplatz gewährleistet werden muss, egal, wie das Modell aussieht. Für die SP/JUSO-Fraktion scheint der Schritt von der aktuellen Situation im Schulhaus Littau Dorf von 20 Prozent, die die Betreuung nutzen, zu einer Aufstockung auf 60 Prozent, realistisch. Deshalb stellte die Fraktion eine zweite Protokollbemerkung: Der Architekturwettbewerb soll die modulare Bauweise der Betreuung aufzeigen und sagen, wie man später effizient eine Betreuung auf beispielsweise 100 Prozent aufstocken kann. Das jetzt bereits zu machen und zu planen, erscheint der Fraktion ein Vorgriff auf einen politischen Prozess. Es ist nicht nur ein technokratischer Entscheid, zu sagen, wie viel Raum eine Tagesschule braucht, es braucht auch ein pädagogisches Konzept. Das fehlt im Moment noch. Deshalb ist die SP/JUSO-Fraktion für eine Betreuungsquote von 60 Prozent.

**Marco Baumann:** Die FDP-Fraktion unterstützt die Protokollbemerkung der Bildungskommission für eine Erhöhung der Betreuungsquote auf 60 Prozent. Im Moment weiss man noch nicht, in welche Richtung sich das Thema Tagesschule entwickelt. Zusätzlich ist zu bedenken, dass durch Umnutzung anderer Räumen eine Versorgungsquote von 80 Prozent erreicht werden kann und so die Forderung der GLP-Fraktion erfüllt ist. Eine fixe Versorgungsquote von 100 Prozent zu planen, ohne zu wissen, wie die Tagesschule in Zukunft aussieht, ist alles andere als rational. Heute nutzen 22 Prozent der Kinder das Angebot. Es ist nicht realistisch, dass in näherer Zukunft die Betreuungsnachfrage auf 100 Prozent steigt, auch wenn man eine gewisse Tagesschulform genehmigen würde. Die FDP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung der GLP-Fraktion ab und unterstützt jene der Bildungskommission. Wie es Adrian Albisser ankündigte, folgt eine weitere Protokollbemerkung, welche in den Augen der Fraktion sinnvoller ist, nämlich, dass man in der Wettbewerbsausschreibung verlangt, dass die Architekten aufzeigen müssen, wie man modular eine Quote von 100 Prozent erreichen kann.

**Marcel Lingg:** Nun wird es langsam kompliziert. Es stehen bereits drei Protokollbemerkungen zum Thema Betreuung im Raum: Der 60-Prozent-Antrag der Bildungskommission, ein Gegenantrag von 80 Prozent und ein angekündigter Antrag auf 100 Prozent.

Das Schulhaus St. Karli und das Schulhaus Littau Dorf haben gewissen Ähnlichkeiten, nicht nur wegen der Provisorien, die vom einen zum anderen Schulhaus transferiert werden. Die SVP-Fraktion war beim Schulhaus St. Karli der Meinung, man könne die 60-Prozent-Versorgungsquote als grundsätzliche Strategie aufnehmen. Sie hat sich auch, als die Gemeindestrategie beschlossen wurde, für die 60 Prozent ausgesprochen. Die SVP-Fraktion steht zu diesen 60 Prozent und unterstützt deshalb die überwiesene Protokollbemerkung der Bildungskommission. Die Protokollbemerkung zu 80 Prozent liegt in den Augen der Fraktion quer im Raum, wenn schon, könnte man gleich auf 100 Prozent gehen. Die Fraktion lehnt diese deshalb ab. Zur dritten Protokollbemerkung äussert sich der Sprechende erst, wenn sie offiziell gestellt worden ist.

**Peter Gmür** stellt fest, dass zurzeit die Versorgungsquote bei 22 Prozent liegt. Die Bildungskommission erhöhte diese auf 60 Prozent. Gemäss Aussage der Volksschuldirektion ist es bereits eine grosse Herausforderung, in den nächsten Jahren überhaupt 40 Prozent zu erreichen. Es macht im Moment keinen Sinn, jetzt schon die Versorgungsquote auf 80 oder 100 Prozent zu erhöhen, wenn man nicht einmal sicher ist, dass man 30 oder vielleicht 40 Prozent erreicht.

**Judith Wyrsch:** Der vorliegende Bericht und Antrag ist mit den Raumquadratmetern auf 40 Prozent ausgelegt. Später ist man aber mit dem Antrag der Bildungskommission auf 60 Prozent gegangen. Die Quadratmeterzahlen, die vorhin von der SP/JUSO-Fraktion genannt wurden, stimmen nicht. Die GLP-Fraktion peilte eine hohe Betreuungsquote an, schlussendlich stimmte sie aber in der Kommission – nach der Devise «lieber etwas als nichts» – den 60 Prozent zu. Das ist leider die Devise jetzt in diesem Vorgehen.

**Stadtpräsident Beat Züsli** äussert sich als Besteller dieser Einrichtungen und erklärt, wie die vorgeschlagenen Quoten zustande kamen. Die 40 Prozent, die hier diskutiert werden, wurden bereits mit einem durchschnittlichen Wachstum aufgerechnet, um den ungefähren Bedarf abzudecken. Es ist eine ganz schwierige Angelegenheit, festzustellen, wie sich das Wachstum in den nächsten Jahren entwickelt. Das hängt, es wurde gesagt, sehr stark mit dem entsprechenden Modell zusammen, das in Zukunft gewählt wird. Aus Sicht des Stadtrates macht es Sinn, den Antrag auf 60 Prozent zu unterstützen. Das gibt einen gewissen Spielraum, eine gewisse Offenheit bezüglich der entsprechenden neuen Modelle. Man darf nicht vergessen, dass es bei dieser Versorgungsquote auch immer darum geht, festzustellen, wie viele Kinder eines der verschiedenen Angebote (Morgenbetreuung, Vormittagsbetreuung, vor allem Mittagstisch, Nachmittagsbetreuung) nutzen. Die Anzahl der Plätze ist eine wichtige Grösse, aber nicht die allein entscheidende Grösse. Wie die Plätze belegt werden, muss auch immer berücksichtigt werden. Wenn gleichviele Kinder in eine Betreuung gehen, aber alle doppelt so viel den Mittagstisch besuchen, dann sind die Auswirkungen erheblich. Das bildet sich in der Versorgungsquote so nicht ab. Der Stadtrat ist der Meinung, dass aufgrund der aktuellen Situation von 22 Prozent die neue Versorgungsquote von 60 Prozent eine gute Grösse ist, vor allem in Kombination mit der noch folgenden Protokollbemerkung, in der es darum geht, im Architekturwettbewerb einen weiteren Ausbau aufzuzeigen. Das ist eine sinnvolle Kombination und wird seitens Stadtrat auch unterstützt.

**Ratspräsident Daniel Furrer:** Es stehen zwei Anträge zur Abstimmung an. Einerseits der Antrag der Bildungskommission auf 60 Prozent und andererseits der Antrag der GLP-Fraktion auf 80 Prozent.

**In der Gegenüberstellung der Protokollbemerkung der Bildungskommission und der Protokollbemerkung der GLP-Fraktion obsiegt die Protokollbemerkung der Bildungskommission.**

**Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung der Bildungskommission:**

|  |
|--|
| <b>Im Schulbetrieb Littau Dorf wird die Versorgungsquote für die Betreuung auf 60 Prozent angesetzt.</b> |
|--|

## S. 24 5 Projektziele

**Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla:** Die Bildungskommission beantragt mit 7 : 2 : 0 Stimmen folgende Protokollbemerkung als Ergänzung zu Projektziel 10 oder als zusätzliches Projektziel:

**Das Raumprogramm soll für die Betreuung so konzipiert werden, dass es modular für die Tagesschulstruktur erweitert werden kann.**

**Marcel Lingg:** Die SVP-Fraktion lehnt die Protokollbemerkung ab. Diese zeigt ein grundsätzliches Problem auf, welches die Parlamentarier, oder jene, die die Berichte und Anträge zu den Schulhaussanierungen machen müssen, haben. Es gibt im Moment eine überwiesene Motion, die eine Zwangstagesschule fordert. Mit dieser muss quasi eine Quote von hundert Prozent erreicht werden, weil die Eltern nicht mehr wählen können, ob sie ihr Kind in eine betreute Infrastruktur schicken wollen oder nicht. Sie werden dazu mehr oder weniger gezwungen. Die Fraktion ist ganz klar gegen eine solche Entwicklung. Deshalb wehrt sie sich gegen Planungen, die genau dieses Ziel verfolgen. Für die Planer wird der Wettbewerb mit dieser Vorgabe erschwert. Es geht nicht nur um einen Ergänzungsbau. Man muss sich wirklich überlegen, ob beispielsweise beim Trakt B nur ein Stockwerk aufgebaut werden kann, ob zusätzliche Freiflächen letztendlich für die modulare Form geopfert werden sollen. In den Augen der SVP-Fraktion würde damit die falsche Strategie eingeschlagen. Deshalb lehnt sie die Protokollbemerkung ab. Es wäre ihr aber auch gedient, wenn möglichst schnell einmal eine Antwort käme, wie die überwiesene Motion der GLP-Fraktion letztendlich hier in der Stadt Luzern umgesetzt wird.

**Judith Wyrsch:** Man steht in einem Prozess für Tagesschulen, für Tagesschulstrukturen. Die GLP-Fraktion distanziert sich absolut und klar von der andauernden und hartnäckig immer wieder verbreiteten Aussage, dass man Kinder zwingen würde, irgend in eine Struktur zu gehen. Man steht in einem Prozess für ein Luzerner Tagesschulmodell. Ob dieses additiv ist oder nicht – die Sprechende wiederholt diese Aussage zum gefühlten hundertsten Mal – spielt für das Raumprogramm keine Rolle. Es braucht andere Raumprogramme, wenn man mehr Kinder unterbringen muss. Die Sprechende dankt für die Kenntnisnahme.

**Der Grosse Stadtrat überweist die Protokollbemerkung der Bildungskommission:**

**Das Raumprogramm soll für die Betreuung so konzipiert werden, dass es modular für die Tagesschulstruktur erweitert werden kann.**

## S. 24 f. 6 Massnahmen, Machbarkeitsstudie und Wettbewerb

**Bildungskommissionspräsidentin Lisa Zanolla:** Die Bildungskommission beantragt mit 4 : 0 : 5 Stimmen folgende Protokollbemerkung:

**Für den Trakt B soll alternativ zur Sanierung auch ein Neubau in die Wettbewerbsausschreibung aufgenommen werden. Es ist zu prüfen, ob eine Entlassung aus dem Inventar erhaltenswerter Bauten möglich ist.**

**Marcel Lingg** fügt eine Ergänzung zu seinem Votum im Eintreten an. Vorgängig wurden zwei Protokollbemerkungen überwiesen, die in die Richtung gehen, dass man für Raumprogramme zusätzliche Flexibilität schaffen muss. Den Planern wird der Auftrag gegeben, zusätzliche Flächen in die Planung aufzunehmen. Konsequenterweise müsste man ihnen ermöglichen, den Planungshorizont zu erweitern, damit es auch eins zu eins umgesetzt werden kann und es nicht auf Kosten der Freiräume und Spielflächen geht. Aus Sicht der SVP-Fraktion, im Sinne einer Gesamtbetrachtung, sollen die Planer auch Trakt B von Grund auf neu modellieren können. Wenn im Wettbewerb jemand der Meinung ist, er könne die Forderungen mit dem bestehenden Trakt B umsetzen, kann er es auch so eingeben, er muss nicht neu modellieren, aber die Chance soll offen sein. Man baut nicht nur für fünf bis zehn Jahre. Das, was heute gebaut wird, steht für die nächsten 100 Jahre. Wenn man etwas für eine längere Zeitdauer baut, sollte man bei der Planung, beim Architekturwettbewerb, möglichst frei sein. Wenn die Projekte vorliegen, kann immer noch entschieden werden, welches die beste Lösung ist. Bezüglich Schadstoffthematik hat man bereits mit den Schulhäusern Grenzhof oder Staffeln Erfahrungen gesammelt. Es wird gesagt, dass die Schadstoffthematik beim Trakt B nicht so schlimm sei wie bei den anderen beiden Schulhäusern. Aber der Sprechende hört bereits jetzt die Alarmglocken in der Stadt, wenn im sanierten Trakt B in vielleicht fünf oder zehn Jahren genau diese Schadstoffproblematik wieder zum Vorschein kommt und zum Politikum wird. Die Schadstoffthematik könnte definitiv gelöst werden, wenn man den Trakt B neu konzipierte.

**Der Grosse Stadtrat lehnt die Protokollbemerkung der Bildungskommission ab:**

**Für den Trakt B soll alternativ zur Sanierung auch ein Neubau in die Wettbewerbsausschreibung aufgenommen werden. Es ist zu prüfen, ob eine Entlassung aus dem Inventar erhaltenswerter Bauten möglich ist.**

S. 33 *Beschluss*

**I. Der Grosse Stadtrat bewilligt den Sonderkredit von 2,65 Mio. Franken mit  
44 : 0 : 1 Stimmen.**

Der Beschluss lautet:

**Der Grosse Stadtrat von Luzern,**

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 9 vom 20. Februar 2019 betreffend

**Schulhaus Littau Dorf:  
Gesamtsanierung und Erweiterung  
Sonderkredit für den Wettbewerb und die Projektierung,**

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von § 34 Abs. 2 lit. a des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Gemeinden vom 20. Juni 2016 sowie Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 68 lit. b Ziff. 3 und Art. 69 lit. b Ziff. 4 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

**beschliesst:**

- I. Für die Durchführung eines Architekturwettbewerbs sowie für die Planung eines Bauprojekts mit Kostenberechnung für die Gesamtsanierung und Erweiterung des Schulhauses Littau Dorf wird ein Sonderkredit von 2,65 Mio. Franken bewilligt.
- II. Der Beschluss gemäss Ziffer I unterliegt dem fakultativen Referendum.

**8 Interpellation 241, Sandra Felder-Estermann namens der FDP-Fraktion vom 17. Oktober 2018:  
Sind Privatschulen auch in der Stadt Luzern im Trend?**

Wurde aus zeitlichen Gründen verschoben.

**9 Postulat 242, Cyrill Studer Korevaar und Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion sowie Irina Studhalter und Marco Müller namens der G/JG-Fraktion vom 26. Oktober 2018:  
Ein Schritt zur Schule der Vielfalt**

**Der Stadtrat nimmt das Postulat teilweise entgegen.**

**Cyrill Studer Korevaar besteht auf vollständiger Überweisung.**

**Cyrill Studer Korevaar:** Am 2. März heiratete der Sprechende nach gut 17 Jahren ein zweites Mal. Seine Braut war dieselbe. Neben ihrem fortgeschrittenen Alter war diesmal am Auffälligsten, dass sie beide in opulentem Weiss heirateten: Sie gingen als lesbisches Hochzeitspaar an den Rüdigen Samstag. Am frühen Abend wirkten sie vor allem als Fotosujet für entzückte Touristen. Je länger die Nacht dauerte, je mehr getrunken wurde, umso zahlreicher, offener und ehrlicher wurden die Gespräche mit den einheimischen Mitfasnächtlern: Die allermeisten fanden es cool, man sei zwar Hetero, aber, das stört ja niemanden, wird doch endlich Zeit etc. Von daher kann man sich fragen: Sind wir eine offene Gesellschaft, ist alles in Ordnung? Der Sprechende hat seine Zweifel. Was wäre beispielsweise passiert, wenn sie als schwules Paar an die Fasnacht gegangen wären?

Hätte es vielleicht geheissen: Zwei Frauen – das geht irgendwie, aber zwei Männer – geht irgendwie nicht?

Seine Teenager zu Hause haben inzwischen einen eindeutig unverkrampfteren Umgang mit queeren Themen als es seine Generation damals hatte. Schwule und Lesben gab es zu jener Zeit nicht bzw. sie outeten sich einfach erst ein paar Jahre später. Bei zwei Selbstmorden von Jugendlichen im damaligen Bekanntenkreis vermutet der Sprechende in der Zwischenzeit einen direkten Zusammenhang mit LGBTIQ-Themen. Selbst in seinen sechs Internatsjahren gab es keine Schwule – also das heisst, sie outeten sich erst ein paar Jahre später. In diesen Ausbildungsjahren zum Primarlehrer beschäftigten sich die Studierenden gerade mal einen Samstagvormittag mit dieser Thematik, und das auch bloss wegen einem progressiven Pfarrer und Religionslehrer, der der Klasse einen Austausch mit geouteten Homosexuellen ermöglichte.

Die Gesellschaft wurde toleranter, schrieben die Postulanten im Vorstoss. Ist also alles paletti? – Der Sprechende verneint. Die Luzerner Zeitung veröffentlichte am 23. März einen interessanten Artikel mit dem Titel «Coming-out in der Primarschule – steigende Tendenz von Buben und Mädchen, welche sich im falschen Körper fühlen». Die Gründe sind nicht ganz klar, aber offensichtlich ist es eine Realität. LGBTIQ-Menschen erleiden immer noch Diskriminierungen und sind nachweislich gerade in jungen Jahren deutlich stärker suizidgefährdet. Ein Schlüssel dagegen ist – wie im Postulat beschrieben – das schulische Umfeld.

Der Stadtrat listete nun in seiner Antwort auf, was ab diesem Sommer in allen kantonalen Schulen ab der Oberstufe ansteht. Das ist ein erster guter Schritt. Wie das genau aussehen wird, ob die Lehrpersonen darauf vorbereitet sind, ob sie wissen, was die Community tatsächlich bewegt, sind offene Fragen. Aufgrund von Rückmeldungen aus der Lehrerschaft wagt der Sprechende zu behaupten, dass viele mit dem Thema überfordert sein werden. Das ist nachvollziehbar und ginge dem Sprechenden nicht anders.

Das Postulat ist moderat: Es werden keine neuen Stellen gefordert, es sind keine sechsstelligen Kosten damit verbunden. Das Postulat fordert, zunächst auf Projektebene, dass Queer-Themen in der Volksschule aufgegriffen werden, damit LGBTIQ-Jugendliche selbstbewusst zu sich stehen und sich selbst schützen können. Ausserdem verlangt das Postulat, dass die Schule allen Jugendlichen die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als gesellschaftliche Realität vermittelt und der Respekt gegenüber der Unterschiedlichkeit gefördert wird. Bei der Erarbeitung und Umsetzung soll die Community eingebunden werden. Diese weiss, was Diskriminierung bedeutet und wie dieser begegnet werden kann. Sie sind die Experten und die Expertinnen. Und sie sind bereit, die Stadt bei dieser wichtigen Informationsvermittlung zu unterstützen. Will sich die Stadt Luzern bei diesen wichtigen gesellschaftsliberalen Themen tatsächlich bloss auf das Minimum beschränken? Die Postulanten sind dagegen und danken allen Fraktionen, aber auch allen Einzelpersonen, die für die vollständige Überweisung dieses Postulats sind.

**Marco Müller:** Am kommenden Freitag findet der internationale Tag gegen Homophobie statt. Auch im Jahr 2019 werden lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle und queere Menschen diskriminiert. Ihre sexuelle Orientierung oder ihre Geschlechtsidentität entspricht nicht der Mehrheit. Speziell Jugendliche, die in der Pubertät sowieso in einer herausfordernden Phase der Identitätsfindung sind, brauchen in dieser Phase die nötige Unterstützung. Wie der Titel des Vorstosses sagt, geht es um eine Schule der Vielfalt. Jeder und jede soll sich so entwickeln können, wie es

den Bedürfnissen entspricht und wie sie sich fühlen. Auch wenn an den Schulen in Luzern bereits einiges gemacht wird, das ist zweifelsohne so, braucht es mehr. Es braucht mehr für die Unterstützung der betroffenen Jugendlichen, es braucht mehr für eine offenere Gesellschaft, es braucht mehr für die Liebe, es braucht aber auch etwas Stärkeres gegen die Diskriminierung. Der Sprechende wünscht sich eine offene, tolerante, vielfältige Stadt Luzern, ebenso vielfältige Schulen. An dieser Stelle möchte der Sprechende auf zwei aktuelle Untersuchungen hinweisen: Die erste ist die Rainbow Map, ein Rating in Europa, das untersucht, wie die einzelnen Länder in Bezug auf LGBTI+-Freundlichkeit abschneiden. Man schaut sämtliche Aspekte an: Schule, Bildung, Rechte in der Stadt etc. Von den 49 Ländern in Europa liegt die Schweiz auf Rang 27. Also in der zweiten Hälfte der Rangliste und sogar Länder wie Georgien, Albanien oder Montenegro sind toleranter, offener gegenüber diesem Thema. Das ist bedenklich und der Sprechende wünscht sich, dass die Stadt Luzern hier einen kleinen Schritt in die richtige Richtung macht, damit die Schweiz besser positioniert ist. Die zweite Untersuchung betrifft die Suizidgefahr. Suizid ist bei Jugendlichen die zweithäufigste Todesursache. Verschiedene Studien ergaben, dass lesbische und schwule Jugendliche dreimal häufiger mit Suizid konfrontiert sind als heterosexuelle Jugendliche und dass jugendliche Transgender sogar sechsmal häufiger von Suizid betroffen sind. Bei diesen Zahlen wird man nachdenklich, es ist traurig und deshalb ist es extrem wichtig, dass die Schule als Lebensort der jugendlichen Menschen den bestmöglichen Support bietet. Mit einer vollständigen Überweisung des Postulats, mit einem beherzten Einsatz und mit gezielten Massnahmen für eine Schule der Vielfalt gelingt es, der Homophobie entschieden entgegenzutreten, eine Vielfalt zu fördern und vor allem diesen betroffenen Jugendlichen in diesen herausfordernden Situationen zu helfen. Der Einsatz ist hier sehr wichtig. Der Sprechende bedankt sich bei allen, die diesen Vorstoss für eine Schule der Vielfalt, für eine Stadt Luzern der Vielfalt, für die betroffenen Jugendlichen, vollständig unterstützen werden.

**Stefan Sägesser:** Die GLP-Fraktion diskutierte diesen Vorstoss und fand, dass eigentlich schon wahnsinnig viel aus dem Postulat erfüllt ist. Die Fraktion wäre mit einer teilweisen Überweisung zufrieden gewesen. Nun geht es darum, den Vorstoss vollständig zu überweisen oder gar nicht. Die zweite Option kommt für die GLP-Fraktion nicht in Frage. Aber weshalb tut sich die GLP-Fraktion schwer? Sie tut sich nicht schwer am Thema lesbisch, schwul, transgender in der Stadt Luzern, sondern daran, dass der Druck auf die Schule ständig zunimmt. Die Schule muss heute alles erfüllen, was alle anderen nicht erfüllen wollen. Tolerant leben und ein Umfeld schaffen, damit sich lesbische, schwule, transgender Kinder und Jugendliche, übrigens auch Erwachsene, nicht umbringen, betrifft nicht nur die Schule. Diese scheint heute sämtliche Probleme lösen zu müssen, die die Gesellschaft hat. Man weiss, dass die primäre Sozialisierung die wichtigste ist und diese Sozialisierung erfolgt zu Hause, und zwar nicht bei irgendjemandem zu Hause, sondern bei uns allen zu Hause. Wir alle stehen in der Pflicht, zu Hause zu schauen, dass Schwule, Lesbische, Transgender und Menschen mit anderen Ausprägungen zu dem stehen können oder sie als sogenannt «normal» angeschaut werden. Normal ist in diesem Zusammenhang ein schwieriges Wort, weil normal normalerweise von der Mehrheit definiert wird. Das heisst, es braucht eine Diskussion. LGTB geht uns alle an. Die GLP-Fraktion ist der Meinung, dass es in der Stadt eine Stelle braucht, die mit der Gleichbehandlung auch dieses Thema aufnehmen sollte und spricht sich für die vollständige Überweisung aus.

**Sandra Felder-Estermann:** Im Kern ist dieser Vorstoss enorm liberal, denn alle sollen ihr Leben so leben dürfen wie sie wollen, dazu stehen und ihre eigene Meinung entsprechend äussern können, auch wenn es Leute gibt, die das nicht gutheissen. Das braucht Mut, aber liberaler geht es gar nicht. Genauso ist die Sprechende in den 70er Jahren auf dem Land aufgewachsen, in einem Restaurant, ohne Tabus und immer im Austausch mit Personen, die nicht der Mehrheit angehörten. Auch ihr heutiger Freundeskreis wäre nicht der gleiche, hätte sie diesen spannenden Austausch nicht. So ist sie seit Jahren befreundet mit Aktiven der Organisation GLL (Abkürzung für Gleichgeschlechtliche Liebe Leben). Seit Jahren besuchen diese auf Anfrage Schulen und machen sehr gute Erfahrungen. Im Vordergrund steht das Anderssein. Auch im Mariahilf-Schulhaus war GLL dieses Schuljahr zu Besuch. Durch den Austausch mit Lehrpersonen und Schülerinnen und Schülern dieses Schulhauses, weiss die Sprechende, dass es dort auf der 3. Sekundarstufe sehr herausfordernde Klassen gibt. In einem anderen Schulhaus war die Organisation GLL im Rahmen einer Projektwoche eingeladen und brachte sich so ein. Das ist ebenfalls ein sehr interessanter, proaktiver Umgang mit einem vermeintlichen Tabuthema. Aber nicht in jeder Klasse sind solche Besuche überhaupt notwendig, das bestätigten der Sprechenden auch ihre Kinder. Bei ihnen in der Klasse sei das Anderssein total okay.

Die Sozialen Medien helfen mit, dass sich junge Erwachsene schneller und zum Teil auch besser informieren und Hilfe holen können. Auch die Jugendorganisation Milchjugend macht eine gute und zeitgemässe Arbeit. Sie verbindet und verknüpft zum Beispiel Personen an der Milchbar. Die Milchbar findet einmal pro Monat im Treibhaus statt und ist ein Event für junge Queers und Anderssexuelle. Es ist wichtig, dass die Jugendlichen solche Begegnungsorte kennen und diese zur Selbstverständlichkeit werden. In der Schweiz kennen inzwischen fast alle Jugendlichen Personen, die schwul, lesbisch oder irgendwie anders sind. Wenn nicht im direkten Bekanntenkreis, dann wenigstens aus dem Showbusiness. Natürlich gibt es Vorurteile, welche oft mit Ängsten verbunden sind, weil man das Gegenüber nicht kennt. Diese Ängste und Vorurteile müssen von den Lehrpersonen wahrgenommen werden. Situativ muss dann reagiert werden – passend für die Klasse oder das Schulhaus.

Aus diesem Grund wäre eine Mehrheit der FDP-Fraktion für eine teilweise Überweisung gewesen. Die Fraktion sieht es wie der Stadtrat: Es braucht kein Konzept und schon gar nicht einen dauerhaften Massnahmenplan. Eine Liste vertrauenswürdiger Organisationen für die Zusammenarbeit bei diesem sehr wichtigen Thema ist viel zielführender und wird bereits geführt. Die Lehrpersonen sollen, wann immer nötig, so unterstützt werden. Die FDP-Fraktion ist überzeugt, dass jede Lehrperson, jede Schulleitung alles tun würde, um einen Suizidfall zu vermeiden. Die Fraktion dankt für das Aufgreifen dieses sehr wichtigen Themas und stimmt der vollständigen Überweisung dieses Postulats zu.

**Lisa Zanolla:** Die Bezeichnung LGBTQ steht für lesbische, schwule, bisexuelle Personen sowie Transmenschen und non-binäre und queere Personen. Vor allem Teenager haben es oft schwer, wenn sie feststellen, dass sie den gängigen und üblichen Vorstellungen der Gesellschaft nicht entsprechen. Die Postulantinnen und Postulanten sehen deshalb in der Schule den idealen Ort, um gegen diese Vorurteile und Diskriminierungen vorzugehen und um die Jugendlichen in ihren individuellen Entwicklungen zu unterstützen. Sie fordern den Stadtrat auf, sich schrittweise folgenden zwei Zielen anzunehmen: Die Schule muss erstens genügend Ressourcen für LGBTQ-Jugendliche

zur Verfügung stellen und zweitens allen Jugendlichen die sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als gesellschaftliche Realität vermitteln bzw. den Respekt fördern. Wenn man die Antwort zum Postulat liest, kann die SVP-Fraktion die Beweggründe des Stadtrates nicht so recht nachvollziehen. Er schreibt, dass die geforderten Massnahmen und Vorgaben bereits vorhanden sind und dass den Anliegen der Postulantinnen und Postulanten in genügender Weise Rechnung getragen werden, ohne dass zusätzlich ein explizit als solcher bezeichneter Massnahmenplan geschaffen werden muss. Also sieht der Stadtrat eigentlich keine Notwendigkeit. Trotzdem will er das Postulat teilweise entgegennehmen. Die SVP-Fraktion versteht diese Vorgehensweise nicht. Aus ihrer Sicht gäbe es zwei Möglichkeiten: Einerseits könnte man das Postulat abschreiben und überweisen; andererseits könnte man das Postulat einfach ablehnen. Als Mutter zwei erwachsener Kinder darf die Sprechende sagen, dass dieses Thema bei der jungen Generation wirklich breit diskutiert wird und sie offen darüber kommunizieren können. Sie hat das Gefühl, dass das Thema in den Schulen nicht hineinpasst. Das Problem liegt eher bei der älteren Generation. Mit ihnen müsste man darüber sprechen. Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

**Irina Studhalter:** Nur weil es von Generation zu Generation besser geworden ist, heisst es noch nicht, dass es gut ist. Als Mitunterzeichnerin möchte die Sprechende kurz darlegen, weshalb sie die vollständige Überweisung des Postulats so wichtig findet. In der Antwort des Stadtrates liest man, dass Kinder und Jugendliche mit dem Lehrplan 21 Kompetenzen erwerben, Respekt im Umgang, Gleichwertigkeit, Gleichberechtigung etc. Das ist schön zu lesen. Die Lebensbereiche Geschlechtsidentität und Sexualität müssen aber aktiv thematisiert werden. Es darf nicht etwas sein, das man auch noch dazulernt, das implizit thematisiert wird oder das man einfach auch noch irgendwie mitbekommt. Man muss aktiv darüber sprechen. Die Bereiche sind fundamental für die psychische Gesundheit aller Menschen, die von der gefühlten Norm abweichen. Es sind zahlenmässig mehr als wir alle zusammen meinen. Schlussendlich geht es nicht darum, die sogenannten Betroffenen, wie man manchmal sagt, zu unterstützen, sondern es geht darum, wie wir als Gesellschaft mit verschiedenen Lebenswelten umgehen. Es ist nicht ein Thema für die LGBTQIA-Community, sondern es geht uns als Gesellschaft an. Das Thema soll nicht nur in Freiwilligenorganisationen, die tolle Sachen machen und sehr wertvoll sind, Thema sein, sondern zum Beispiel auch in der Schule.

**Peter Gmür:** Der Stadtrat zeigte in seiner Antwort relativ klar und deutlich auf, wie er die Fragen angehen will. Für die CVP-Fraktion ist das sehr gut nachvollziehbar. Weshalb der Stadtrat einmal mehr das Postulat nur teilweise entgegennehmen will, entzieht sich ihrer Kenntnis. Für die Fraktion ist es ehrlicherweise auch nicht ganz nachvollziehbar, weshalb von der Stadt aus mehr oder weniger der halbe Kanton mit Lehrbüchern ausgestattet werden muss. Die CVP-Fraktion hätte das Postulat teilweise entgegengenommen. Sie ist aber dagegen, dass das Postulat abgelehnt wird. Deshalb ist die CVP-Fraktion für die vollständige Überweisung.

**Cyrrill Studer Korevaar** bedankt sich für die Voten und für die Unterstützung zahlreicher Fraktionen. Er bittet diejenigen Mitglieder des Stadtrates, die Teenager zu Hause haben, am Abend einen Test zu machen und zu fragen, ob sie wüssten, was transsexuell, intersexuell, pansexuell ist, was non-binäre Sexualität ist. Bis vor Kurzem wusste es auch der Sprechende nicht wirklich, auch er

musste diese Begriffe nachschlagen. Er hofft aber, dass die Kinder unserer Kinder diese Sachen aus dem Stehgreif kennen werden, dass sie wissen, um was es geht und überhaupt keine Vorurteile haben.

**Stefan Sägesser** wendet sich an seinen Vorredner und meint, dass gerade diese Stellungnahme zeige, dass es keine Lehrerin und keinen Lehrer braucht, um über LGBT aufzuklären. Das Thema muss zu Hause am Tisch, mit unseren Nächsten oder weniger Nächsten, diskutiert werden. Es ist ein Thema, das alle angeht.

**Stadtpräsident Beat Züsli:** Das Postulat fordert, dass das Thema der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt an den Schulen mehr thematisiert und verstärkt in den Unterricht aufgenommen wird und so die Kompetenzen in diesem Bereich erhöht werden. Der Stadtrat ist einig, und so wie der Sprechende feststellt, auch die grosse Mehrheit des Parlaments, dass es ein wichtiges Thema ist, dass in dem Bereich Bedarf besteht, dass Diskriminierung vorkommt und entsprechend Massnahmen getroffen werden sollen. Der Sprechende ist der Meinung, dass die Schule da eine Rolle hat. Wie weit sie gehen soll, darüber kann diskutiert werden. In der Antwort zeigt der Stadtrat auf, was er machen will. Er möchte das Thema in Aktivform in die Schule bringen. Die Umsetzung ist bereits auf Sommer 2019 vorgesehen. Die aktive Umsetzung ist eine grosse Herausforderung, es wurde auch bereits angesprochen, aber die Grundlagen sind vorhanden, einerseits vom Lehrplan 21, andererseits über entsprechende Lehrmittel. Der Stadtrat möchte auch den Beizug von Fachorganisationen, die es in diesem Bereich gibt und die über ein entsprechendes Know-how verfügen, fördern. Soweit ist der Stadtrat mit den Postulanten einig. Nun gibt es noch einen Teil im Postulat, den der Stadtrat nicht machen möchte. In der Antwort wurde darauf hingewiesen. Der Stadtrat möchte zum jetzigen Zeitpunkt keine kommunalen Konzepte erstellen. Diese sind im Moment – zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht schon – nicht nötig und auch nicht sinnvoll. Die Energie, die Ressourcen sollen auf die Umsetzung konzentriert werden. Es ist eine genug grosse Herausforderung, diese Thematik nun gut in die Schulen zu bringen und auch zu schauen, dass sie, zusammen mit der Schulleitung und den entsprechenden Lehrpersonen, umgesetzt wird. Der Stadtrat ist überzeugt, dass das der Weg ist, der den Schülerinnen und Schülern gesamthaft am meisten hilft, ihre Kompetenz zu erhöhen und somit eine entsprechende Wirkung erzielen kann.

**Der Grosse Stadtrat überweist das Postulat 242 vollständig.**

**10 Interpellation 246, Maria Pilotto namens der SP/JUSO-Fraktion  
vom 8. November 2018:  
Vielfältiges und gestärktes Leben mit Behinderungen in der Stadt Luzern**

Wurde aus zeitlichen Gründen verschoben.

**11 Interpellation 253, Christian Hochstrasser namens der G/JG-Fraktion vom 22. November 2018:  
Fallschutz bei Spielplätzen**

Wurde aus zeitlichen Gründen verschoben.

**12 Postulat 243, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion vom 5. November 2018:  
ÖV-Erschliessung Ruopigen I: Bessere Busverbindungen**

Wurde aus zeitlichen Gründen verschoben.

**13 Postulat 244, Roger Sonderegger namens der CVP-Fraktion vom 5. November 2018:  
ÖV-Erschliessung Ruopigen II: Ein Tunnelbahnhof für Ruopigen**

Wurde aus zeitlichen Gründen verschoben.

**Ratspräsident Daniel Furrer** gibt noch zwei Termine bekannt:

Die nächste Sitzung des Grossen Stadtrates findet am Donnerstag, 6. Juni 2019 statt. Voraussichtlich wird es eine ganztägige Sitzung sein. Die letzte Sitzung vor den Sommerferien, am 27. Juni 2019, findet in Littau statt. Je nach Traktandenliste könnte diese halbtägig ausfallen. Informationen dazu wie auch über den Anlass, der im Anschluss daran am Abend des 27. Juni stattfindet, folgen.

Der Sprechende wünscht allen einen Guten Appetit und schliesst die Sitzung.

Schluss der Sitzung: 12.30 Uhr

Luzern, 14. August 2019

Die Protokollführerin:

Handwritten signature of Karin Spinnler Schmid in black ink on a light background.

Karin Spinnler Schmid

Eingesehen von:

Handwritten signature of Dr. Urs Achermann in black ink, consisting of a large 'A' and a horizontal line.

Dr. Urs Achermann, Stadtschreiber